

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt Sühov Nr. 6455

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt: Städteentwicklung in Deutschland. — Der deutsche Arbeiter-
streik im Jahre 1911. (III. Schluß). — „Armenrecht“ zur Prozeß-
führung. — Aus Politik und Volkswirtschaft. (Vom Reichstag.)
— Aus den Stadtparlamenten. — Wasserbauarbeiter. — Notizen
für Gasarbeiter. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.
— Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Eingegangene
Schriften und Bücher. — Inserate. — Listenliste des Verbandes. —
Feuilleton: Stut!

Städteentwicklung in Deutschland.

Während die Agrarier in der preussischen Duma seit
ihrem Jahrzehnt und länger ihre beweglichen Klagelieder
der Leutenot und „Abwanderung in die Großstädte“ er-
lösen lassen, vollzieht sich mit gleichmäßiger Regelmäßigkeit
die Großstadtentwicklung in allen Kulturländern. In
Europa vermehrte sich die Zahl der Großstädte (alle
Städte mit über 100 000 Einwohnern) von 1900—1910 um 43,
von 174 auf 217, deren Einwohnerzahl wuchs von 45,2 Millio-
nen auf 59,1 Millionen = 14 Millionen mehr, während die Ge-
samteinwohnerzahl in denselben 10 Jahren um 20 Millionen
zunahm. Die Großstädte absorbierten somit allein 70 Proz.
des Zuwachses. Die Erdteile Asien, Afrika, Amerika und
Australien vermehrten ihre Großstädte in derselben Zeit um
38, nämlich auf 170, deren Einwohnerzahl stieg um 15 Millio-
nen. Hier nahmen die Großstädte von der Gesamtzunahme
20 Proz. weg. Diese allgemeine und für unsere Leser be-
sonders interessante Entwicklung behandelt A. Kolb-Würz-
burg in der „Chemnitzer Volksstimme“, worauf wir in
folgendem in der Hauptsache stützen.

Obwohl die Städte eine mehr als tausendjährige Ge-
schichte haben, hat sich der Charakter der Städte analog der
ökonomischen Entwicklung verändert. In den früheren Jahr-
hunderten aus kriegerischen Absichten gegründet und bis ins
Mittelalter so gehalten (sahen die äußeren Befestigungen
noch in dieser Form), entwickelte sich durch die Bewohner des
Binnenlandes, die Bürger, die in dem begrenzten Raum
ihren Ackerbau mehr treiben konnten, das Gewerbe,
dem die Industrie im verflochtenen Jahrhundert folgte. Diese
Entwicklung trennte die Fesseln der Städte, die Konzen-
tration aller Berufe, die sich immer mehr differenzierten,
erlöste deren Intensität und so wuchsen die Städte an
Zahl und Größe. Zugleich wurden die Städte dadurch die
Zentren größerer Freiheiten, weil sich in denselben die Massen
sammelten, die sonst in der Kleinstaaterei keine Bedeutung
erlangen. Das Erstarken des vierten Standes und die
Städteentwicklung gingen konform miteinander. So ist all-
mählich die kolossale Städteentwicklung der heutigen Tage
entstanden, und wir stehen vor einer neuen Epoche.

Es soll hier nicht auf die Ursachen der Städtebildung
bzw. der „Landflucht“ eingegangen werden. So viel aber

mag doch angedeutet werden: Würden die Zustände auf dem
Lande auch nur einigermaßen erträglich sein oder ein Fort-
schrittstempo zeigen im Sinne von Kultur und Besserstellung
der schwer arbeitenden Landbevölkerung, sicher hätte der Ent-
wicklungsprozeß nicht solche Dimensionen angenommen.
Denn das Dasein des städtischen Arbeiters ganz allgemein
ist heilighaltig nicht glänzend. Und die unsinnigen Darstellungen
von der „Genußsucht“, die den Arbeiter in die großen Städte
treibt, ist durch die harte, stete Arbeitsfront — allenfalls
unterbrochen durch arbeitslose Hungerzeiten — des Groß-
stadtproletariats zur Genüge widerlegt. Andererseits hat die
profitgierige Industrie sich nach Möglichkeit an den Ver-
kehrszentren festhaft gemacht, um so bequeme Verkehrs- und
Absatzmöglichkeiten zu erhalten. Die Arbeiter aber mußten
— um überhaupt Arbeit zu finden — in die Mietskasernen
ziehen und all die tausend Unannehmlichkeiten der Großstadt
wohl oder übel in Kauf nehmen.

Das Mißverhältnis zwischen Stadt und Land — einer-
seits in dem Manko an landwirtschaftlichen Produkten und
deren kolossalen Verteuerung auf Kosten der städtischen Be-
völkerung, andererseits die hygienischen Verschlechterungen
in bezug auf Licht und Luft, Wohnungsverhältnisse und
dergleichen mehr — zwingen nun mit Notwendigkeit die
Staatsregierungen zum Eingreifen in das stets wachsende
Städtewesen. Aber auch die Kommunen selbst müssen dafür
sorgen, daß die zurückgebliebene landwirtschaftliche Produktion
und deren veraltete Wirtschaftsweise durch neue Formen ge-
steigert werden. Daran sind in Europa alle größeren Staaten
interessiert. An der Spitze marschiert Deutschland, das be-
reits 51 Großstädte besitzt, dann folgen England mit 40,
Rußland mit 19, Frankreich mit 15, Italien mit 13, Oester-
reich-Ungarn mit 9, Spanien mit 7, die anderen zehn Klein-
staaten mit 23 Großstädten. Deutschland, das zurzeit nur
noch mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika (mit
ebenfalls 51 Großstädten) im Gleichschritt ist, wird in den
nächsten zehn Jahren an der Spitze aller Staaten stehen und
muß deshalb als Vorbild aller Städte Staaten dienen.

Viele Städte haben im Deutschen Reiche ihre eigenen
statistischen Ämter, und so sind wir über die jährlichen Ent-
wicklungsziiffern und Tendenzen informiert. Nach den
Fortschreibungen dieser Ämter beträgt die jährliche Zunahme
der Großstädte zurzeit:

- a) an natürlichem Zuwachs 320 000 Einwohner,
- b) an Eingemeindungen, zirka 150 000 Einwohner,
- c) an neuen Großstädten zirka 180 000 Einwohner.

Seit der Volkszählung 1910 sind bis jetzt wieder drei
neue Großstädte entstanden: Lichtenberg Rummelsburg,
Lübeck, Mühlhausen i. E. Nach den Schätzungen der statisti-
schen Ämter hat sich die Reihenfolge der Großstädte durch
Eingemeindungen und natürlichen Zuwachs bis 1913 wieder
verändert, wie umstehende Tabelle zeigt.

Berlin	2 085 000	Stragburg i. Elf.	183 000
Hamburg	1 010 000	Altona	176 000
Leipzig	635 000	Danzig	176 000
München	630 000	Gelsenkirchen	176 000
Dresden	570 000	Darmen	174 000
Köln	540 000	Eberfeld	173 000
Breslau	525 000	Polen	163 000
Frankfurt a. M.	494 000	Kassel	160 000
Essen	400 000	Aachen	158 000
Düsseldorf	380 000	Augsburg	149 000
Hiltrup	345 000	Braunschweig	146 000
Charlottenburg	320 000	Lichtenberg	145 000
Gannover	318 000	Bochum	141 000
Stuttgart	310 000	Karlsruhe	140 000
Chemnitz	305 000	Krefeld	131 000
Magdeburg	285 000	Erfurt	129 000
Dortmund	270 000	Plauen	128 000
Neußölln	260 000	Bitterfeld	126 000
Bremen	258 000	Mainz	123 000
Königsberg i. Pr.	252 000	Mülheim a. d. Ruhr	117 000
Stettin	245 000	Saarbrücken	115 000
Duisburg	232 000	Biesbaden	113 000
Arel	224 000	Hamborn	109 000
Mannheim	210 000	Kübeck	108 000
Halle a. d. S.	187 000	Mühlhausen i. Elf.	106 000
Schöneberg	184 000		

in Summa 61 Großstädte mit 14 994 000 Einwohnern.

Folgende Städte sind mit ihren Vororten der Zahl nach schon Großstädte oder werden es durch ihren natürlichen Zuwachs bis 1920: Oberhausen a. Rh., Münster i. W., Hagen i. W., Spandau, Bonn, Darmstadt, Würzburg, Freiburg i. B., Ludwigshafen, Buer, Offenbach, Münden-Gladbach, Bielefeld, Zwickau, Bromberg, Wanne-Eickel, Met, Solingen, Harburg, Zabrze-Zaborze, Pankow-Weißensee, Groß-Flörsfelde, Görlitz, Königshütte, Neudlinghausen Stadt mit Land = 25 neue Großstädte.

Hier müßte also in Anbetracht einer hygienischen Entwicklung und mit Rücksicht auf kommende Generationen der Staat für eine gedeihliche Ausdehnung der Städte sorgen, statt wie bisher erschwern im Wege zu stehen. Denn speziell die Großstädte bedürfen einer Reform in dem Sinne, wie sich die Gartenstädte einführen.

Neben Berlin besitzt jetzt Deutschland in Hamburg die zweite Millionenstadt und die dritte: Essen, ist im Werden. Diesen Entwicklungen, die doch schon klar zu erkennen sind, müßte durch großzügige Reorganisationen der Städte planmäßig vorgearbeitet werden. Unsere speziellen Industriegebiete bedürfen in erster Linie und dringend der Staatsbeihilfe, wenn die kolossalen Menschenmassen nicht degenerieren, sondern ein gesunder Nachwuchs, wie es die Nation erfordert, erzogen werden soll.

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet kann den Monopol- und Trust-Industriellen nicht die Willkür gestattet sein, ihre Anlagen nur im Profitinteresse zu gestalten, zum Schaden vieler Kommunen. Wie die Dinge einmal liegen, hängt das ganze Gebiet wirtschaftlich zusammen, die Städte und Industrieböden reihen sich bunt aneinander; hier müssen leistungsfähige Kommunen geschaffen werden, welche hygienischen Anforderungen gerecht werden können. Was jetzt da geschieht, ist größtenteils Flickwerk. Die größte Kommune wird Essen, das jetzt Vorbeck, Altkessen, Caternbera, Stoppenberg usw. eingemeindet und das mit Mülheim und Oberhausen ein Ganzes bildet, so daß die künftige Stadtgrenze nördlich durch den Kanal, südlich durch die rheinische Provinzgrenze, südlich durch die Hügelkette und westlich von den Stadtgrenzen von Mülheim und Oberhausen gebildet wird. Das ganze Gebiet umfaßt heute über 700 000 Einwohner, wozu ein jährlicher Zuwachs von 30 000 kommt. Erfolgt hier der Ausbau gemäß einer Gartenstadt, so wird die Bevölkerungsdichte des Zentrums entlastet, es entsteht daraus eine gesunde, moderne Millionenstadt.

Ähnlich stellt sich die Zusammenfassung der Städte Gelsenkirchen, Bochum, Wattenscheid, Eickel, Wanne, Herne

und diverser Kleinstädte und Dörfer zu einer Stadt mit zirka 520 000 Einwohnern. Im gleichen Sinne: Eberfeld, Darmen, Langersfeld, Bohwinkel usw. zu einer Stadt mit zirka 380 000 Einwohnern. Weiter: Duisburg, Hamborn, Marzloh usw. mit zirka 350 000 Einwohnern. Auch Dortmund und mit seinem ganzen Umkreis, inkl. Görbe, mit zirka 320 000 Einwohnern. Sodann die neuen Kohlenstädte Buer, Gladbeck, Forst-Westertolt usw., zusammen 125 000 Einwohner. Die westliche Spitze der Provinz Westfalen: Bottrop, Estertrade, Esterfeld usw., zusammen 110 000 Einwohner. Auf der linken Rheinseite noch die neuesten Industriestädte Mörz, Homberg nebst vielen Industriedörfern, zusammen über 100 000 Einwohner.

So steht es in gleicher Weise im schlesischen Industriegebiet mit Königshütte, Beuthen, Rattowitz, Zabrze und so weiter und ebenso im Saarrevier. Dagegen ist im Königreich Sachsen die Industrie mehr dezentralisiert.

Mehrere Städtebauausstellungen haben bereits umfassendes einwandfreies Material beigebracht, wie das Verkehrsweisen, Wiesengürtel und Waldanpflanzungen, Luftschächte, Spielplätze, Licht- und Kraftanlagen usw. zu verbessern sind.

Die Großstadt ist schon heute gleichzeitig ein Erziehungsfaktor geworden, weil sich in ihr fast alles konzentriert, was die moderne Gesellschaft bildet. Und in einer modernen Großstadtstrasse bekommt die junge Generation so vielseitigen Anschauungsunterricht, wie sie oft in mehreren Schuljahren nicht erreicht. Das hat wesentlich dazu beigetragen, das Bildungsniveau der proletarischen Klasse zu heben. Das Proletariat, die stärkste und sich am meisten vernehmende Klasse, hat somit in vielseitiger Hinsicht ein eminentes Interesse daran, daß den Städten mehr wie bisher ihre Rechte zukommen und sie nicht das Achenbrödel im Reiche bleiben.

Und unsere Kollegen sind nicht nur als Bürger der Gemeinde interessiert an der Umgestaltung im vorbenannten Sinne. Sie wirken und schaffen im Dienst der Gemeinde, und die vielseitige, anstrengende und ausdauernde Tätigkeit, die sie verrichten, fällt ganz erheblich ins Gewicht. Wie oft wird durch übelangebrachte Sparamkeit der Etat so aufgestellt, daß die Arbeitskräfte bis aufs äußerste ausgenutzt oder die notwendige Arbeit nicht geleistet werden kann. Wird der Staat sich einmal dazu bequemen (anstatt den Gemeindebehörden das Leben zu erschweren mit Restenergieleistungen usw.), wirkliche finanzielle und moralische Hilfe zu leisten, so wird sich auch der allzu kleinräumige, von Hausbesitzerprivileg und ähnlichen Rückständigkeit unangünstig beeinflusste Geist in den Kommunen anders entsalten können, und die Kritik der Arbeiterpartei würde dann nicht mehr so oft auf Unverständnis stoßen, wie das heute noch der Fall ist.

Ob wir das wohl noch erleben? wird mancher fragen. Die wir als Gemeindebürger und städtische Arbeiter in der vordersten Front für diese Reformen zu kämpfen haben, dürfen nicht verzagen. Arbeiten wir daran, jeder zu seinem Teil!

Der deutsche Arbeiterchutz im Jahre 1911.

III.

(Schluß.)

Die Einführung des gesetzlichen Beschützendatages für Arbeiterinnen hat das Heberarbeitsbedürfnis der Industrie ganz erheblich gesteigert. Bereits im Jahre 1910 trat diese starke Zunahme der bewilligten Heberstunden hervor, indem deren Zahl von Wochenabenden (auschl. der Sonnabende) von 1,96 auf 6,2 Millionen stieg. Der Rückgang war im Jahre 1911 nur ganz unwesentlich und es scheint, als ob das Unternehmertum sich eine Jahrzehnt lang bei diesem Umfang von Heberarbeit bescheiden ausstrecken wolle. Im Vertriebsjahre wurden 5879 1910: 586 000, 1911: 111 679 (112 380) Betriebsstätten für 192 694 451 500 Arbeiterinnen insgesamt 6 026 812,2 (6 251 882,2) Heberstunden gezeitet, so daß im Durchschnitt auf jeden Betrieb 19,9 (19,9) Heberarbeitsstage und 1025,1 (1068,8) Heberstunden, auf jede weibliche Arbeiterin 12,5 (13,5) Heberstunden entfielen. Da jeder der beteiligten Betriebe durchschnittlich 2,1 weibliche Ar-

beiterinnen kommen, so geht daraus hervor, daß es überwiegend Großbetriebe, und zwar die größten sind, die sich dadurch die Möglichkeit vermehrter Ausnützung der weiblichen Arbeitskräfte verschaffen und die Absichten des Arbeiterinnenschutzes durchkreuzen.

Den Löwenanteil dieser Mehrarbeitszeit hat wieder die Nahrungsmittelindustrie mit 75 617 Stunden für 2032 Arbeiterinnen davongetragen; aber auch für die Textilindustrie und Metallbearbeitung gab es noch ganz erhebliche Bissen im Umfange von 59 644,5 und 45 797,0 Ueberstunden für 1673 bzw. 432 Arbeiterinnen. Die höchste Durchschnittsziffer dieser Mehrarbeitsstunden entfiel auf die Textilindustrie mit 1701,0 Stunden pro Betrieb; die höchste Belastung der Arbeiterinnen nahm die Metallindustrie mit 106,0 Stunden pro Kopf der Arbeiterinnen in Anspruch. Hier scheint die Grenze des Notwendigen für derartige Bewilligungen weit überschritten zu sein, denn diese Durchschnittsziffer bedingt an jedem Sonnabend für jede betroffene Arbeiterin eine mehr als zweistündige Ueberarbeit.

Weiterhin gestatteten die Verwaltungsbehörden noch 261 Betrieben (1910 = 347) die Längerbeschäftigung von 5526 (1910: 1062) Arbeiterinnen an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage über den gesetzlichen Arbeitstakt hinaus. Es handelt sich dabei um Arbeiterinnen, welche ein Hauswesen nicht zu versorgen haben. Obwohl die Zahlen der Betriebe, Arbeiterinnen und Ueberarbeitsstunden kleiner als im Vorjahr waren, ist die Zahl der bewilligten Ueberarbeitsstunden ganz erheblich gestiegen, nämlich von 194 501,6 auf 2 950,5 Stunden, so daß auf jeden beteiligten Betrieb 917,6 (1910: 560,5) und auf jede betroffene Arbeiterin 43,3 (32,1) Ueberstunden kommen. Im Durchschnitt ist jeder Betrieb mit 21,1 (17,4) Arbeiterinnen beteiligt. Da diese Arbeiterinnen in der Hauptsache mit Reinigungsarbeiten beschäftigt werden, so besitzen die letztgenannten Durchschnittsziffern wiederum, daß es sich auch hier um Großbetriebe handelt, welche sich diese Gelegenheit eines außergewöhnlichen Gewinnes nicht entgehen lassen.

Bezüglich der Sonntagsarbeit gibt die Statistik der Gewerbeordnung Kenntnis, also solchen, die von den unteren Verwaltungsbehörden zur Verhütung eines übermäßigen Schadens zugelassen werden, während Bundesrat und höhere Verwaltungsbehörden verschiedene Ausnahmen von der Sonntagsruhe gewähren, über deren Umfang keine Statistik gegeben wird. In der Bewilligung der letztgenannten Sonntagsarbeit hat sich nun im Berichtsjahre eine erhebliche Zunahme bemerkbar gemacht, indem 3408 Betriebe gegen 2915 im Vorjahr für 156 972 Arbeiter (1910 135 234) insgesamt 1 057 501 Arbeitsstunden (1910 nur 1 449 851,6) bewilligt erhielten. Es kamen hiernach auf jeden Betrieb 583,2 (497,3) und auf jeden Arbeiter 12,7 (10,7) Stunden Sonntagsarbeit im Jahre. Die Tatsache, daß im Durchschnitt von jedem Betriebe 46,9 Arbeiter an dieser Sonntagsarbeit beteiligt waren, beweist, daß auch hier vor allem die Großbetriebe sich diese Möglichkeit, die Produktivität zu steigern, zunutze machten.

Es muß das Bestreben der Gewerkschaften sein, sobald Einfluß auf die Regelung der Arbeitszeit zu gewinnen, um diese Ueberarbeit möglichst auszuschalten. Wandes kann auf dem Wege der Lohnaufschläge, die tariflich festgelegt werden, geschehen. Aber auch die Arbeiter selbst müssen sich mehr gegen ein Uebermaß von Arbeitsdauer wehren und das Ansehen von Sonntagsarbeit möglichst zurückweisen. 6,5 Millionen Ueberstunden von Arbeiterinnen und 2 Millionen sonntägliche Ueberstunden im Jahre 1911 ergaben nahezu eine Million Arbeitstage, die einem ansehnlichen Haufen von Arbeitslosen Beschäftigung geboten hätten. Es erhebt also das eigene Interesse der Arbeiter, diese Mehrarbeit in Zukunft einzudämmen.

Zeit dem Jahre 1902, also in einem Zeitraum von neun Jahren, ist die Zahl der revisionspflichtigen Betriebe von 178 936 auf 297 069, also um 119,0% oder um 66,5 Proz., und insbesondere die Zahl der Betriebe mit Arbeiterinnen von 45 699 auf 97 512, also um 51,5% oder 113,4 Proz., und die der Betriebe mit männlichen Arbeitern und Kindern von 61 000 auf 110 240, also um 49,1% oder 80,5 Proz., gestiegen. Die Gesamtzahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter vermehrte sich von 4 819 104 auf 6 935 657, somit um 2 096 440 Köpfe oder 43,2 Proz. Davon wuchs die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter an von 2 061 461 auf 5 029 154, also um 1 144 693 = 55,1 Proz.; die Zahl der erwachsenen Arbeiterinnen nahm zu von 860 087 auf 1 317 682, sonach um 457 595 = 53,1 Proz. Die Zahl der jugendlichen Arbeiter über 14 Jahren stieg von 316 303 auf 505 417, das ergibt ein Mehr von 189 114 oder 59,7 Proz., und die Zahl der Kinder unter 14 Jahren von 8077 auf 13 404, nahm also um 6327 = 65,9 Proz. zu. Wird durch diese Zahlen der Anschein

erweckt, als ob die Beschäftigung von Kindern, Jugendlichen und Frauen in stärkerem Maße als die von Männern zugenommen habe, so darf doch der Hinweis nicht unterbleiben, daß der Vergleichswert dieser Zahlen nur ein sehr bedingter ist. Die Ersetzung des Fabrikbegriffes durch die Bezeichnung „Betriebe mit mindestens zehn Arbeitern“ hat dazu geführt, daß zahlreiche Betriebe mit Arbeiterinnen, Jugendlichen und Kindern der Gewerbeaufsicht neu unterstellt worden sind, die ihr vordem nicht unterstanden. Immerhin kennzeichnen diese Zahlen die Vorliebe, deren sich auch heute noch besonders die jugendliche Arbeitskraft in Kreisen der ausbeutenden Unternehmer erfreut.

Die Revisionsergebnisse zeigen uns, daß in der Kontrollierung der Betriebe zwar ein kleiner Fortschritt eingetreten ist, der aber zu wenig ist, um uns mit Zukunftshoffnungen zu erfüllen. In den neun Jahren von 1902 bis 1911 hat sich das Revisionsverhältnis von 49,1 auf 54,4 Proz. der Betriebe und von 78,8 auf 83,9 Proz. der Arbeiter gehoben, also im Jahresdurchschnitt um 0,56 bis 0,59 Proz. Sollte dieses Tempo für die Weiterentwicklung der Gewerbeaufsicht maßgebend werden, so sind wir in nahezu 77 Jahren so weit, daß alle Betriebe wenigstens einmal im Jahre besichtigt werden. Im Jahre 2000 würde damit ungefähr erreicht werden, was im preussischen Bergbau schon seit Jahren durchgeführt ist. So kann es aber auf die Dauer nicht weitergehen, wenn die Verbündeten Regierungen überhaupt auf die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze irgendwelchen Wert legen und nicht das Verantwortlichkeitsgefühl der Unternehmer künstlich abzumuffen wollen.

Wie sehr der staatliche Arbeiterschutz an Bedeutung gesunken ist, zeigt uns ein Blick auf die Errungenschaften der Gewerkschaften, soweit sie in den Tarifverträgen zum geltenden Recht erhoben worden sind. Da ist die Arbeitszeit zu einem ganz erheblichen Teil weit unter die gesetzliche Grenze verkürzt, der Schutz gegen Erpressung vor Ueberarbeit durch Lohnzuschläge verstärkt, für einen großen Kreis von Arbeitern die Arbeitsvermittlung geregelt, vor allem aber die Lohnfrage, an die die Gewerkschaften bisher überhaupt noch nicht heranzutreten wagte, im Sinne der Einführung von Mindestlöhnen geregelt worden. Das alles haben die Arbeiterorganisationen seither ohne den Apparat amtlicher Behörden fertiggebracht. Es wäre den Gewerkschaften ein Leichtes, für die Durchsetzung der gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen einzutreten, wenn sie den Apparat der staatlichen Behörden für sich anstatt wie es heute mehr tatsächlich der Fall ist, gegen sich hätten. Würden die staatlichen Aufsichtsbehörden sich auf die Mitarbeit der Gewerkschaften stützen und deren Organe in jedem Betriebe Recht einräumen, dann wäre es besser um die Durchführung des Arbeiterschutzes im Deutschen Reich bestellt. Indes darf der Widerstand der Behörden die Gewerkschaften nicht abhalten, freiwillig ihre Kraft in den Dienst dieser Aufgabe zu stellen und in allen Betrieben durch ihre Vertrauensleute ein scharfes Auge auf die strenge Innehaltung der zum Schutze der Schwachen erlassenen Gesetze zu halten. Nicht um Dank und Anerkennung zu ernten, sondern im eigenen wohlverstandenen Interesse sollen sie sich als Organ der Ordnung in den Betrieben fühlen, denn es erleichtert ihnen ihre notwendige Vorarbeit für weitergehenden Arbeiterschutz.

„Armenrecht“ zur Prozeßführung.

Die Arbeiterschaft wird immer mehr gezwungen, zur Wahrung der Rechte aus dem Arbeitsvertrag die ordentlichen Gerichte (Amts- und Landgerichte, oder die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Anspruch zu nehmen. Da die Inanspruchnahme der ordentlichen Gerichte mit hohen Kosten verknüpft ist, hat die Gewerkschaft durch die §§ 114 bis 127 der Zivilprozessordnung die Möglichkeit geschaffen, daß auch die Unbemittelten die Gerichte in Anspruch nehmen können. Unter dem Titel „Armenrecht“ wird die Freisetzung von den Kosten geregelt. Die Arbeiter sträuben sich häufig, auf „Armenrecht“ zu klagen, weil sie annehmen, das Armenrecht gelte als Armenunterstützung und habe den Verlust politischer Rechte zur Folge. Das ist irrig. Eine Klage im Armenrecht hat mit dem Verlust politischer Rechte nichts zu tun. Wenn auch für Klagen aus dem Arbeitsverhältnis von den Verbänden Rechtschutz gewährt wird, so kann es doch nichts schaden, die „Armenrechts“-Bestimmungen durchzunehmen. Manche Klage könnte im Armenrecht geführt und dadurch den Arbeitern oder deren Verbänden hohe Kosten gespart werden.

Das „Armenrecht“ ist wichtig für alle die Streitfälle, wo es Rechtschutz von den Verbänden nicht gibt, z. B. Klagen mit den Hauptarten über Mißbilligtungen, Forderungs- und Weisungs-

ungslagen uim. Es seien daher die wichtigsten Bestimmungen erwähnt. § 114 besagt: „Wer außerstande ist, ohne Beeinträchtigung des für ihn und seine Familie notwendigen Unterhalts die Kosten des Prozesses zu bestreiten, hat auf Bewilligung des Armenrechts Anspruch, wenn die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht mutwillig oder aussichtslos erscheint.“ Das Gesetz hat nicht näher bestimmt, was unter „notwendigen Unterhalt“ zu verstehen ist. Falls die beabsichtigte Klage nicht augenscheinlich unhaltbar erscheint, soll mit der Bewilligung des Armenrechts nicht engherzig verfahren werden. Nach § 115 erlangt die Partei durch Bewilligung des Armenrechts 1. die einseitige Befreiung von der Bestimmung der rüchständigen und künftig erwerbenden Gerichtskosten, 2. die Befreiung von der Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten, 3. das Recht, daß ihr zur vorläufig unentgeltlichen Bewirkung von Zustellungen und von Vollstreckungshandlungen ein Gerichtsvollzieher und, soweit eine Vertretung durch Anwälte geboten ist, zur vorläufig unentgeltlichen Wahrnehmung ihrer Rechte ein Rechtsanwalt beigeordnet werde. Wer auf Armenrecht Klagen will, muß sich von seiner Ortsbehörde (Gemeindevorsteher, Magistrat usw.) den „Armenischein“ (auch „Armenzeugnis“ genannt) ausstellen lassen. Mit diesem Armenschein geht der Kläger in die Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts und erklärt das Gesuch um Bewilligung des „Armenrechts“ zu Protokoll, wobei gleich die Klage an das zuständige Gericht mit abgegeben wird. Zuständig ist das Gericht, wo der Beklagte wohnt, wenn nichts anderes vereinbart wurde. Bis zu 600 Mk. sind die Amtsgerichte zuständig, über 600 Mk. die Landgerichte. Wird das Gesuch um Bewilligung des „Armenrechts“ schriftlich beim zuständigen Gericht eingereicht, so muß der „Armenischein“ beigelegt und das Streitverhältnis unter Angabe der Beweismittel mitgeteilt werden. Nach einigen Tagen erhält dann der Kläger vom Gericht die Mitteilung, ob das Armenrecht bewilligt ist und welcher Rechtsanwalt als Armenanwalt bestimmt wurde. An diesen Rechtsanwalt muß sich jetzt der Kläger wenden und ihm Vollmacht geben. Die Bewilligung des Armenrechts hat auf die Verpflichtung zur Erstattung der dem Gegner erwachsenden Kosten keinen Einfluß (§ 117).

Die Bewilligung des Armenrechts gilt zunächst nur für die erste Instanz einschließlich der Zwangsvollstreckung. Will der Kläger gegen das Urteil des Amtsgerichts beim Landgericht Berufung einlegen, dann ist die Beibringung des „Armenischeins“ von der Ortsbehörde nicht mehr erforderlich, vorausgesetzt, daß das Armenrecht schon für die Klage beim Amtsgericht bewilligt war. Erscheint die weitere Rechtsverfolgung mutwillig oder aussichtslos, so kann die höhere Instanz nach § 121 das Armenrecht verweigern. Hat aber der Gegner das Rechtsmittel eingelegt, so ist in der höheren Instanz nicht zu prüfen, ob die Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung der Partei mutwillig oder aussichtslos erscheint (§ 119). Die Bewilligung des Armenrechts für den Kläger, den Berufungskläger und den Revisionskläger hat zugleich für den Gegner die einseitige Befreiung von den Gerichtskosten zur Folge. Verliert der Gegner den Prozeß, so muß er die Gerichtskosten zahlen und auch die Gebühren und Auslagen für den für die „Armenpartei“ bestellten Rechtsanwalt tragen. Ist der Gegner zahlungsfähig, so hat der Armenanwalt ein Interesse daran, daß die „Armenischein“ gewonnen wird, damit er seine Auslagen ersetzt bekommt. Dieses Interesse soll natürlich auch vorhanden sein, wenn der Gegner nicht zahlungsfähig ist. Wird das Armenrecht verweigert oder entzogen, so kann Beschwerde bei dem Gericht eingelegt werden, das die Entscheidung erlassen hat. Ueber die Beschwerde entscheidet das zunächst höhere Gericht. Eine Frist zur Einlegung der Beschwerde ist nicht vorgeschrieben. Gegen den Beschluß, durch welchen das Armenrecht bewilligt wird, findet kein Rechtsmittel statt (nicht nur kein Rechtsmittel des Gegners, sondern auch nicht des Armenanwalts). Das Armenrecht befreit nur vorläufig von den Gerichtskosten. Würde der Kläger z. B. eine Erbschaft machen oder in der Lotterie eine namhafte Summe gewinnen, so kann er nach § 125 zur Nachzahlung der Kosten verpflichtet werden, sobald er dazu ohne Beeinträchtigung des für sich und seine Familie notwendigen Unterhalts imstande ist.

Die Vorschriften der Zivilprozeßordnung über das Armenrecht, wie sie eben erläutert wurden, finden nach § 26 des Gewerbegerichtsgezetzes auch Anwendung bei dem Gewerbegericht. Nach § 115 Nr. 3 der ZPO. kann hier die Armenpartei die Beibringung eines Gerichtsvollziehers zur vorläufig unentgeltlichen Bewirkung von Zustellungen und von Vollstreckungsverfahren und von Vollstreckungshandlungen fordern. Dasselbe gilt von dem Verfahren vor den Kaufmannsgerichten.

Steinbrücker-Braunschwieg.

• Aus Politik und Volkswirtschaft •

Vom Reichstag.

Berlin, 8. Februar 1913.

Die diesmalige Beratungswoche begann erst am Mittwoch. Und zwar aus Rücksicht auf Fastnacht, das die Süddeutschen und Westdeutschen nun einmal in ihren lustigen Heimatlichen Geiseln verbringen müssen.

Die Arbeit der Woche galt der Beendigung der Beratungen des Reichsamts des Innern, die sich, mit Unterbrechungen, nun schon in die vierte Woche hinein fortspannen. Darüber herrscht nun, namentlich unter den bürgerlichen Abgeordneten, eine von Tag zu Tag sich verstärkende Erregung, die der dreijährige Dr. Graband auch am vorletzten Tage von der Rednertribüne herunter zum Ausdruck brachte. Wichtig ist, daß manche Redner allzulange Reden halten. In der Hälfte der Zeit könnten sie die gleiche Wirkung erzielen. Aber abgesehen davon hat die lange Dauer der Beratungen gerade über das Reichsamt des Innern natürlich auch seine sehr triftigen inneren Gründe. Die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Angelegenheiten gewinnen eben mit dem ins Gigantische wachsenden Kapitalismus immer größere Bedeutung und drängen sich daher aus dem mächtigen Vorantsetzstoff des Reichstags immer rüchständiger in den Vordergrund. Und da in diesem Reichstag 110 Sozialdemokraten sitzen, so ist auch die genügende Anzahl von Anwälten des Volkes da, um dessen sozialen Not und Sorgen berechten Ausdruck zu verleihen.

Unter dem Vielerlei, was auch diese kurze Woche brachte, war von besonderem Interesse eine Debatte über die Leistungssabonnentenversicherung. Dies ist ja eine Sache, die immer mehr sich zu einem allgemeinen Uebelstand auswächst. Die sozialdemokratische Presse ist freilich an der Sache unbeteiligt; sie kennt keinerlei solche Versicherung; auch ein Teil der besseren bürgerlichen Blätter hat bisher die Hände davon gelassen. Zeit mehr haben sich jene Winkelblätter darauf gestürzt, die ihren Lesern so geistig dürftige Kost bieten, daß diese, wenn sie sich nicht noch durch andere Mittel an sich fesseln, ihnen längst als Abonnenten davonlaufen wären. Ein solcher Köder ist die Abonnentenversicherung gegen mancherlei Unglücksfälle. Meist aber ist das Versicherungsamt so hinterhältig formuliert, daß unter hundert vermeintlichen Versicherten nur ein paar wirklich eine Versicherungssumme ausgezahlt erhalten, die anderen alle aber darum paarselt werden. Die Sozialdemokratie verlangte daher ein striktes Verbot solcher Geschäfte und wurde hierbei vom Zentrum unterstützt. Tagelang traten die Liberalen für eine beaufsichtigte Form einer solchen Versicherung ein. Die Reichsregierung aber scheint hierin doch derselben Meinung wie Sozialdemokratie und Zentrum zu sein.

Den Höhepunkt der Beratungen dieser Woche bildete aber die Angelegenheit der Wohnungsreform. Auf diesem Gebiet, auf dem es sich um das Wohl und Wehe, ja um Leben und Tod unzähliger Volksgenossen handelt, ist bisher von Reich wegen noch so gut wie nichts geschehen, um die ungeheuren Notstände im Wohnwesen der Bevölkerung heilsamen zu helfen. Von den Bundesstaaten haben nur erst die süddeutschen einen ersten zäpfasten Schritt der Hilfe getan. Seit Jahren, vor allem aber seit einem Jahr, hat nun der Reichstag, und zwar sogar einstimmig, darauf gedrängt, daß nunmehr auch das Reich eingreift. Seinem Drängen hatte die Reichsregierung nachgegeben und sich bemüht, ein Wohnungsreformgesetz in die Wege zu leiten. Schon schien alles aufs Beste in Gang zu kommen — da erhob Freydenks Einspruch, dabei unterstützt von zwei süddeutschen Staaten. Dieser Einspruch tat seine Wirkung; das Reichsamt trat von seinem Pläne zurück, und zwar um so schneller, als Freydenks vor einigen Wochen seinerseits auch einen Wohnungsreformentwurf veröffentlichte. Auch das ist zwar ein Erfolg des unermüdlichen Drängens des Reichstags, jedoch ein gänzlich ungenügender. Und eben um diese Tatsache drehte sich hauptsächlich die Debatte. Ihr Ergebnis war, daß der Reichstag auch jetzt darauf bestand, daß das Reich weiterhin mit Arbeit, und zwar nunmehr dadurch, daß die Regelung der Beschaffung zweier Hypotheken für Kleinwohnhäuser in die Hand genommen werde.

Schließlich nahm die Wohnungsdebatte auch noch eine politische Wendung. Die Konservativen liefen gegen den Staatssekretär Dr. Delbrück, der, wie anerkannt werden muß, sich verhältnismäßig eifrig in der Frage der Wohnungsreform bewiesen hat, deshalb Sturm, obwohl sie im Vorjahr selbst sich an den einstimmig gefassten Beschlüssen beteiligten. Sie haben sich indessen wieder eines anderen bewogen. Delbrück antwortete ihnen mit Mut und Schärfe. Damit hat er das Fißtuch zwischen sich und jenen zer schnitten, und man ist allgemein der Meinung, daß er sich nicht mehr lange auf seinem Posten halten können. Wer als Minister den Konservativen zuzuhört, ist gewöhnlich geliefert.

Es triefelt überhaupt und überall im Reichstag und in der Reichsregierung. Es wird sogar von einer neuen Reichstagsauflösung geredet. Wie dem immer sei, wir gehen jedenfalls politisch interessanten Monaten entgegen.

Wohr.

♦ Aus den Stadtparlamenten ♦

Vielefeld. Den städtischen Arbeitern und Angestellten mit mehr als drei Kindern haben die städtischen Kollegien dauernd Zulagen von 30 oder 20 Mk. für jedes dritte und weitere Kind bewilligt. Die Zahlungen erhalten Arbeiter und Angestellte, und zwar in Vielefeld wohnhafte (wenn ihr Einkommen nicht mehr als 1400 Mk. beträgt) 30 Mk. für jedes in Betracht kommende Kind und die in Greppen und in der Senne wohnenden Arbeiter und Angestellte (wenn ihr Einkommen nicht über 1200 Mk. beträgt) 20 Mk. für jedes in Betracht kommende Kind.

♦ Wasserbauarbeiter ♦

Lohnbewegung und Arbeiterschutz der staatlichen Wasserbauarbeiter in Bayern. Endlich ist die langersehnte Lohnaufbesserung gekommen. Diejenigen, die glaubten, daß am Schlusse der monatlichen Ermäßigungen schließlich nichts mehr übrig bleiben würde, irren nicht recht. Das eine muß gesagt werden: genau haben sie es mit der Lohnhöhung genommen, viel genauer als wir mit dem berühmten Lohnausgleich. Und trotz der Erhebungen bestehen heute noch genau so vielerlei Lohnsätze, wie vor der „Regelung“, im Zustand, den wir wiederholt besichtigt wissen wollten. Selbst die Vorstände gibt es, die ebenfalls unserer Ansicht zuneigen und nur in einem sogenannten Lohnklassentarif mit alljährlichen Lohnsteigerungen eine gerechte Verteilung und Lösung der ganzen Lohnfrage denken können. Denn damit wäre ein für allemal der Maßstab des einzelnen Vorgesetzten gesteuert und andererseits läme auch das Dienstalter zur Würdigung. Die Wildbachverbauungsaktion hat ihren Arbeitern die im April vorigen Jahres gewährte Lohnvorrückung von 10 Pf. — welche alle Jahre eintritt bis zum sechsmaligen Turnus — ausgerechnet, so daß die Arbeiter nur 10 Pf. Grundlohnhöhung erhielten. Es sind aber nach den uns gegebenen Mitteilungen noch Orte vorhanden, wo weder die Aufbesserung noch die vorjährige Lohnvorrückung geboten wurde. Ja, sogar Lohnabzüge sollen heuer im Winter während der verkürzten Winterarbeitszeit noch stattgefunden haben, was den erlassenen Minderungsentscheidungen geradezu Hohn spricht. Die Schuld an diesen Entlassungen liegt allerdings auch seitens der Arbeiter, die sich erst jetzt um eine Organisation kümmern, wo ihnen das vorher bereits bis zum Kratzen reicht. Die Wildbachverbauungsaktion aber braucht sich ob solcher Leistungen nicht zu brüsten. Andere Straßen- und Altkanalarbeiter haben ihren Arbeitern ebenfalls im vorigen Jahre zum Teil höhere Zulagen gemacht und außerdem heuer 20 Pf. Lohnhöhung gewährt. Ein Beweis dafür, daß es sehr viel auf die Arbeiterfreundlichkeit der verschiedenen Stellen ankommt. Um ein Jahr hätten die Staatsarbeiter ihre Lohnhöhung früher erhalten können, wenn nicht die schwarzen Arbeiterfreunde im Landtag dies durch die Auflösung verbindet

hätten. Neuerdings muß es nun Aufgabe der Wasserbauarbeiter sein, durch Prüfung ihrer Arbeitsleistung sowie der Feuerung und der Löhne in der Privatindustrie dafür zu sorgen, daß die Sozialpolitik nunmehr nicht zum Stillstand kommt. Neben der Ausgestaltung unserer Arbeitsordnung obliegt nun den Wasserbauarbeitern eine besondere Aufgabe, und das ist Schutz von Leben und Gesundheit durch entsprechenden Arbeiterschutz auf den Baustellen. Auf diesem Gebiet ist seitens der einzelnen Bauämter in der letzten Zeit nichts geschehen, ja noch eher etwas verschlimmert worden. Selten wird es so viele Unglücksfälle bei den Wasserbauarbeiten gegeben haben wie im Jahre 1912. Dabei handelt es sich nicht etwa um kleine Vorkommnisse, sondern um Unglücksfälle mit Todesfolge, hervorgerufen durch Ertrinken. Fragt man nach der Ursache, so heißt es „Selbstverschulden infolge Unvorsichtigkeit der Arbeiter“. Bei näherer Prüfung aber ergibt sich, daß es meist an den entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen zur Verhütung von Unglücksfällen gelegen hat. Die Arbeiter wissen dies, doch übt nicht leicht einer Kritik an den bestehenden Zuständen, weil dies doch meist bestritten wird oder es heißt: „Ihr seid Sausüße und habt keine Courage, bleibt daheim, wenn Ihr nicht wollt usw.“ Zugleich ist sicher anzunehmen, daß sich der betreffende Arbeiter die Mißgunst seiner Vorgesetzten zuzieht und nichts mehr recht machen kann, bis er dann schließlich eines Tages hinausfliegt, aber beileibe nicht etwa, weil er kritisiert hat, sondern weil er „faul“ wurde. Auf vielen Flußmeisterstationen macht man heute ohnedies einen Unterschied bei den Arbeitern. Da werden zum Beispiel bei Neueinstellungen Bauernsöhne bevorzugt, die auch zu Hause leben könnten, ohne den Kermeren das Brot wegzunehmen. Dann scheidet der Bauer selbst seine Rechte im Winter zum Wasserbau, außerdem werden die „Christlichen“ ob ihrer Zufriedenheit und Untermüßigkeit bevorzugt; erst ganz am Schluß kommen meist die „Unzufriedenen“. Diese letzteren sind es aber, die doch die Dämmern nicht sein müssen, weil sie zu jeder Arbeit taugen und verwendbar sind und insonderheit zu den kompliziertesten Arbeiten herangezogen werden. Man wird es also auch insofern diesen „Unzufriedenen“ nicht verübeln können, wenn sie sich ihrer Haut wehren und gegen die ärgsten Schäden Front machen. Zwar gäbe es bei den Wasserbauarbeitern sehr viel zu beanstanden, doch sind die Arbeiter schon herzlich froh, wenn nur immer das Größte besichtigt wird. So z. B. fehlt es an Bauhütten, an guten Wasserstiefeln, an nötigen Schutzverrichtungen zur sicheren Ausübung der Arbeiten, an Rettungsgürteln, dann wieder kann man einem Vorgesetzten nicht genug arbeiten, oder es ist gleich gar verlebte Arbeitseinteilung oder Anlegung derselben der Gegenstand der Kritik. Weiter erinnern wir an die wiederholten Vorstellungen wegen der Entfernungszulagen usw. Also viel wäre zu bessern. Nun finden wir auf den Baustellen meist große Plakate über die Verhütung von Unglücksfällen und erste Hilfeleistung usw. Allein diese Bestimmungen helfen nichts, wenn man sie nicht durchführt. Gerade bei den heute vom Staate auszuführenden Wasserbauarbeiten bedient man sich ebenfalls aller auf dem Gebiete der

flut!

Von Hermann Müller-Chemnitz.

Heiß und schwer brennt die Sonne vom Firmament. Schon seit Wochen ist kein Tropfen Regen gefallen. Selbst das Pflaster scheint ausgeborstet und sticke Luft liegt in den Straßen. Träge schleicht der Verkehr und jedes lebende Wesen flüchtet in den dürftigen Schatten. Die „Lungen der Großstadt“ zeigen einen trostlosen Anblick: gelb und verbrannt die sonst grünen Flächen, schlaff und weif das Laub an den Bäumen. Aus Sparjamkeit konnte ihnen das erstickende Raß nicht gespendet werden. So letzten Natur und Menschen nach Erquickung, wie eine Bleiende lag der glühende Wast über der Stadt.

Gleichwohl ruhte die Bertätigkeit nicht. Drinnen in den Fabriken hämmerte und pochte und sauchte es. War den Arbeitern dort drinnen unter diesen Umständen die Arbeit schon eine Qual, in wie viel höherem Maße denen, die im Freien arbeiteten. Solche Perioden sind aber auch gefährliche Befellen für die Großstadt, deren Abwässer, Kanäle und Schloten. Da sickert das Verderben, Krankheit und Tod in tausend Rinnsalen unter der Straße. Wehe, wenn die Miasmen herausdringen an die Oberfläche! Dann spreizt sich der Bazillus, nicht sichtbar zwar, aber um so gefährlicher in Millionen Heeren, denn die Trockenheit ist sein Element. Wehe dir, Menschheit, Großstädter, wenn dich der unsichtbare Feind packt! Er greift nach deinem Überblut, schüttelt dich, grinzt dich hohnlachend an und wirft dich hin kalt und starr.

Doch sieh, es sind geschäftige Hände am Werke, dich zu schützen. Mit Besen und Schaufel und Eimer und Hade eilen sie straßauf, straßab, und sieh, dort mitten auf der Straße tut sich gar ein schwarzer Schlund auf, da hinab steigen sie auch, um zu reinigen.

Wer von uns Großstädtlern beachtet es wohl, wenn der eiserne Kanaldeckel gehoben wird und ein oder zwei Arbeiter, angeleitet zwar, hinabsteigen? Man wirft im höchsten Falle einen neugierigen Blick hin, im übrigen ist es das gewohnte Straßenbild. Und doch ist es eine wichtige Arbeit, die hier verrichtet wird und nicht ungefährlich, denn nicht selten schon wurden Arbeiter im Dunkel des Kanals durch giftige Gase betäubt und nur mit Mühe gelang es, sie wieder an die Oberfläche zu bringen. Indes dröhnt hier oben der Verkehr, rasselnd und rattern die Wagen, stampft der Tritt der Stadt. Dumpf und hohl klingt es hinab.

Doch seht! Dort droben am Himmel schleibt sich ein Wölkchen über das Häusermeer, unscheinbar, unbeachtet von den Menschen, die nur hasten und jagen und mit fortgerissen werden von dem großen Rad der Zeit. Die Wolke wird Erfrischung bringen für die schmachtende Welt. Vielleicht auch Schlimmes. Immer größer und größer wird das Gebilde am Horizont. Jetzt ist's eine ganze Wolkenbank, die sich drohend schwarz färbt, ihre Ränder nehmen einen gelblich-fahlen Schein an. Geradezu erstickend wird die Atmosphäre. Fast stoft der Verkehr in den Straßen, aber die meisten treibt eine unsichtbare Gewalt vorwärts, die keine Ruhe kennt: der Kapitalismus. Und unten im Kanal, abgetrieben von der Welt, sind zwei Arbeiter emsig tätig.

Pföcklich zuckt es aus den Wolken, eine furchtbare Windsbraut jagt daher, fährt durch die Straßen, rüttelt an den Fenstern, wirbelt schwere Staubwolken in die Höhe und jagt sie über die Häuser. Hart und scharf schlagen den Passanten die Sandkörner ins Gesicht und nur mühsam vermag man gegen den Sturm anzukämpfen. Dann ist's plötzlich wie abgerissen, aber nur um anzusehen und mit um so volleren Backen zu pfeifen. Wütend saucht das Element; als sei es erboht, daß es sich mit dem leichten Straßenstaub begnügen soll, fährt es in die Dächer, reißt los, was es erreichen kann, schleudert

Technik vorhandenen maschinellen Einrichtungen, um möglichst rationell zu arbeiten. — Bei der Achenkorrektur wird vom Böschungsfuß aus ein ungefähr 5 Meter hoher Dammbaufahrt, der, soweit wurden in Betracht kommen, eine betonierte Sohle bekommt, während auf der geraden Linie lediglich ein Faschinenbau eingeleitet wird. Zur Niesauffüllung bedient man sich auf beiden Seiten eines Baggers, welcher das Material aus dem Flusse schöpft. Vom Bagger, der in der Mitte des hochgehenden Flusses steht, geht ein etwa 90 Zentimeter bis 1 Meter breiter Steg ungefähr 18 Meter lang auf ein Schiff und von da aus eine weitere Fahrt bis hinauf zur Böschungshöhe. Auf dem Steg, der teils in Geländer hat, kreuzen fortgesetzt zwei Arbeiter, einer mit einem vollen Schubkarren, der andere mit dem leeren. Durch dieses gegenseitige Vorbeifahren biegen sich die Fellen auf dem Steg, so daß — da derselbe auch noch zu schmal ist — stets Gefahr besteht, daß der eine oder der andere Arbeiter durch das Schaufeln den festen Boden verliert und ins Wasser geschleudert wird. Wäre ein Geländer dort, so könnte die Gefahr des Ertrinkens nicht eintreten. Auch ist die Gefahr zu beurteilen, in welcher sich die Arbeiter stets befinden. Der Bagger hat 22 Schiffe, die in einer Minute eine Umdrehung machen. Betrachtet man die vom Bagger aus auf die Böschungshöhe zurückzuliegende Steigung, sowie die geringe Arbeiterzahl, welche dazu verwendet wurde (ausgänzlich 7, 8, 9 und zuletzt 12 Mann, die kaum 2 Minuten hin und her brauchen dürfen), so wird sich jeder von dieser „angenehmen“ Beschäftigung einen Paragrafen machen können. Bei der größten Kälte und Unwetter sieht man die Arbeiter in Pendelröhren in Schweiß gebadet; beim Materialfahren stehen sie dann dem Zug ausgesetzt, so daß die schwersten Erkrankungen, Lungenentzündung, Rheumatismus usw., keine Seltenheiten sind. Aber auch auf dem Bagger selbst ist nicht alles in Ordnung. Die Schiffchen schütten den Nies auf eine Vorrichtung, von wo er dann in die Schubkarren aufgenommen wird. Ein Niederstellen der Karren gibt es nicht, weil die Sache zu schnell geht. Der Mangel liegt nun darin, daß die Schiffe auch die großen Steine mitnehmen, welche dann, da sie mit Wucht auf das Flech fallen, wegspringen und die Arbeiter am Gesicht, an den Händen und Rücken verletzen. Selbst die Baggerbrüde wurde schon durchgeschlagen. Statt nun ein Flech über den Niesaufnehmer zu machen, hat man eine Glode angebracht, die der den Bagger bedienende Arbeiter läuten muß, sobald ein großer Stein kommt, jedenfalls, um dem Arbeiter wissen zu machen, daß ihm jetzt ein „Trümmel hinauffliegt“. Aber selbst dies klappert nicht, da ja die Steine nicht immer in der Höhe liegen, sondern auch am Boden sein können, wo sie dann nicht gesehen werden können. Hier fliegen dir also dann die „Trümmel“ jauch und Klänge auf die Stirnheraugen. Und ob einer solchen „Einrichtung“ wird behauptet, daß Arbeiterschutz genügend vorhanden wäre. Weiter hapert es auch beim Verladen der großen Steine (sogenannte Kolpern) auf die Schiffe. Dort wären zwar Hebevorrichtungen vorhanden, wo ohne besondere Mühe die Steine gehoben werden könnten. Allein dazu gibt's meist keine Zeit. Die Arbeiter müssen sich mit den schweren Steinkarren herumhantieren oder auf sogenannten

Ziegel, Schiefer und Sparren mit heulender Wut zur Erde, demoliert Zäune und Planen und entwirrt Bäume.

Drumten im Kanal arbeiten zwei Arbeiter, an denen die Bindbraut spurlos vorübergeht.

Und als sei das Gewölk am Himmel neidisch über den Erfolg des Orkans, hat es sich mit einem Schlag geöffnet und herabstürzt es in mächtigen Strömen. Das ist kein erfrischender Regen mehr, das sind die Wolken selbst, die mit elementarer Wucht zur Erde prallen. Sie gesellen sich zum Sturm, bilden Bäche, Ströme, reißen das Pflaster auf, zermöhlen die Wege, stürzen mit verwüstender Kraft in die Abfallrohre und Kanäle. So gewaltig ist die Wasse, daß sie in wenigen Minuten die Kanäle füllt und dann stürzt sie sich rauschend und gurgelnd darüber hinweg.

Himmel, das ist der Tod in anderer Gestalt! Denn unten arbeiten zwei Arbeiter und oben war einer zurückgeblieben, zur Sicherung des Verkehrs. Entgegen packt ihn. Er ruft und schreit um Hilfe. Allein in dem Toben der Elemente geht sein Ruf verloren. Verzweifelt reißt und zerrt er an dem Seil, das hinabführt in die Tiefe: seine Kraft ist zu schwach. Da sehen andere seine Bemühungen, man springt herzu und sieht worum es sich handelt und den vereinten Kräften gelingt es, das Seil anzuziehen. Endlich wird an dem dunklen Echlund, in dem das Wasser wühlt und braust, ein Kopf sichtbar, dem ein lebloser Körper folgt. Aber noch ist nicht alles Leben aus ihm geschwunden. Jedoch, was ist das? Die rückwärtige Hälfte des Seils ist abgerissen! Es hatte dem gewaltigen Druck des Wassers nicht standgehalten. Der andere Arbeiter war unzweifelhaft verloren.

Gibt es keine Rettung? Keine! Die Arbeit will ihr Opfer haben.

Indes man sich mit dem Geretteten beschäftigt, alarmieren andere die Feuerwehr, aber auch ihre Hilfe kam zu spät. So eifrig man

„Tragen“ die Steine auf Schiff transportieren. Dabei besteht ständig die Gefahr des Ertrinkens, sei es durch Anklippen des Schiffes oder durch ungenügende Transportvorrichtung. Kommen nun Verletzungen vor, so besteht meist ein Mangel an zweckmäßiger erster Hilfeleistung. Abgesehen davon, daß ein verletzter Arbeiter oft stundenlang in Schmerzen daliegen muß, bis ärztliche Hilfe kommt, fehlt es an der richtigen Anlegung von Notverbänden. Aber gerade in der ersten Hilfe liegt die Abkürzung der Erwerbsunfähigkeit, Beschleunigung des Heilprozesses usw. Und trotz der Anweisungen über die notwendige erste Hilfeleistung in Unglücksfällen kommt man nicht darüber hinweg, daß mancher Vorarbeiter und Arbeiter für diese Sache keinerlei Fachkenntnis besitzt. Mit dem Arbeiterschutz ist sanitäre Ausbildung von Arbeitern auf Kosten der Verwaltung erforderlich. Auf jeder Baustelle muß ein solcher Mann sein. Zur Durchführung all der entsprechenden Maßnahmen, welche die Unglücksfälle, wenn sie auch nicht ganz zu vermeiden sind, so doch bedeutend herabmindern werden, beantragte unser Verband bei dem zuständigen Ministerium:

1. Die Straßen- und Flußbauämter sind anzuweisen, dafür Sorge zu tragen, daß auf sämtlichen Baustellen Unfallverhütungsvorschriften nicht nur angehängt, sondern auch durchgeführt werden.

2. Auf den einzelnen Baustellen ist stets Verbandzeug in genügender Quantität in staubfreien Kästen bereitzubehalten, sowie auf Kosten der Bauämter Arbeiter im Sanitätsdienst auszubilden, um in Unglücksfällen zweckmäßig sofort die erste Hilfe leisten zu können.

3. Zur Ueberwachung dieser Vorschriften, besonders aber, ob bei den Arbeiten auch stets die nötigen Vorkehrungen zur Verhütung fahrlässiger Unglücksfälle durch Anwendung entsprechender Gerüste und sonstiger Schutzvorrichtungen getroffen sind, sind eigene Kontrolleure aus dem Stande der Wasserbauarbeiter anzustellen.

Es obliegt nun den Wasserbauarbeitern die Pflicht, im Interesse der eigenen Gesundheit und Erhaltung ihrer Körper- und Arbeitskraft, für die Durchführung des so notwendigen Arbeiterschutzes mittätig zu sein. Wir verlangen dabei nichts anderes, als das, was man heute bereits in den Privatbetrieben hat. Auch hier handelt es sich um eine wichtige Sache, um den Schutz des einzelnen.

◆ Notizen für Gasarbeiter ◆

Wöppingen. Ueber die Achtstundenschicht der Gasmacher hat der Gasmacher Tischler schon lange seinen Groll. Seinem Vorgesetzten hat er schon oft durch die Ausrufung Luft gemacht: „Die Herren Gasmacher schaffen bloß acht Stunden, und ich muß als Meister 14 bis 16 Stunden schaffen; aber es kommt noch anders, ich garantiere es Euch!“ Da die Achtstundenschicht nun einmal besteht, und nicht so leicht wieder abgeschafft werden kann, hat er dafür Sorge getragen, daß während dieser acht Stunden nicht

auch den Kanal abfuchte; nichts als Finsternis und gurgelndes, schmutziges Wasser. Einzig hielt sein Opfer fest.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht von dem Unglück durch die Straßen. Sie kroch von Haus zu Haus, von Stube zu Stube und langte endlich in einem Häuschen an, das wenig vor der Stadt, abseits des Verkehrs stand. Zu ebenerdiger Stube war loebend die Inwohnerin damit beschäftigt, das Mittagessen herzurichten, als geschäftig eine Nachbarin hereintrat.

„War das aber ein Wetter!“ begann sie, „da kann man froh sein, ein Dach über dem Kopfe zu haben.“ Die Angeredete schwieg und machte sich am Herd zu schaffen. Deshalb fuhr die andere fort:

„Haben Sie denn schon von dem Unglück gehört, Frau Joner? In der inneren Stadt hat es ja eine richtige Ueberschwemmung gegeben. Dabei waren zwei Kanalarbeiter in Gefahr. Den einen hat man halb tot wieder ans Tageslicht geschafft, der andere steckt, glaub' ich, noch im Kanal. Na, Ihr Alter ist ja bei der Kommune, der wird Ihnen ja heute mittag erzählen. Soviel ich weiß, ist eine Kommission vom Rathaus an die Unfallstelle gegangen, um den Fall zu untersuchen. Na, die vom Rathaus! Als ob die bei der ganzen Sache etwas tun könnten. Da wird hin und her geredet und geschrieben, ein ganzer Stoß Akten gefüllt, aber geholfen ist damit nicht. Sie mögen für die Witwen und Waisen in solchen Fällen richtig sorgen. So aber ist's zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel und doch in die Welt hinaus: für unsere Arbeiter derart Leute nach in die Welt hinaus: für unsere Arbeiter ist gefogt. Ja, für die Oberen, da gibt's Pensionen, aber unten fehlt's, unten! Jesses, Frau Joner, wenn ich mir vorstelle, daß Sie mit Ihren sechs Kindern ein solches Unglück trafe! Den Bettelack könnten Sie nehmen und von Haus zu Haus laufen mit samt Ihrer Hinterbliebenenrente. Und wenn Sie dann, halb verhungert, um Erhöhung einkommen, verstedt man sich hinter alle

etwa gar noch gefaulenzt wird. Eines schönen Tages prangte im Glaslasten folgender Ulas:

„Arbeitseinteilung für Gasmacher.

Vormittagschicht: 6-6¼ Uhr laden, 7-7¼ Uhr schlafen, 7½-8 Uhr Schlacken sortieren, 8-8¼ Uhr laden, 9-9¼ Uhr Schlacken sortieren, 9¼-10 Uhr Frühstückspause, 10-12 Uhr verschiedene Arbeiten je nach Angabe, 12-12¼ Uhr laden, 1 bis 1½ Uhr Reinigen des Ofenhauses und Schlackenraumes.

Nachmittagschicht: 2-2¼ Uhr laden, 3¼-4¼ Uhr verschiedene Arbeiten je nach Angabe, 4¼-5¼ Uhr Vesperpause, 5¼-6 Uhr schlafen und sortieren, 6-6¼ Uhr laden, 7-7¼ Uhr Schlacken sortieren, 8-8¼ Uhr laden, 9-9¼ Uhr reinigen des Schlacken- und Ofenhauses, 10-11 Uhr Reinigen des Schlackenraumes von fern und der Badeanstalt.

Nachtschicht: 11-1¼ Uhr laden, 12-12¼ Uhr Feuer aufstochen, 1-1¼ Uhr laden, 2-2¼ Uhr Frühstückspause, 2¼-4 Uhr Schlacken sortieren, 4-4¼ Uhr laden, 5-5¼ Uhr Reinigen des Ofenhauses und Schlackenraumes.

Die Gasmacher haben bei ihrem Schichtantritt um 6 Uhr, 2 Uhr, 10 Uhr, fertig zur Arbeit bereitzutreten, so daß die Arbeit zu obiger Zeit beginnen kann. Schichtführer, Maschinenführer, Deckelmann, Feuermann, Karrenmann, dürfen die Fabrik nicht eher verlassen, bis jedem seine Ablösung da ist. Fehlt ein Mann, so hat jeweils der Ablöser für ihn einzutreten. Jung, Direktion.“

Jetzt ist es also gekommen, abgesehen von der Reglementierung und den Gasmachern neben der Fleinarbeit noch Hofsarbeit zuzurechnen. Die verkürzte Arbeitszeit soll also durch erhöhte Anstrengung wieder illusorisch gemacht werden. Dagegen müssen sich die Kollegen in ihrer Gesamtheit durch die Organisation wenden.

Küstringen-Wilhelmshaven. Seit dem Jahre 1907 bemühen sich die Gasarbeiter fortgesetzt, um der Verwaltung die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung klarzumachen. Alle Anregungen und Vorschläge waren bis jetzt vergeblich. Krampfhaft hält die Verwaltung an der übermäßig langen Arbeitszeit fest, unbekümmert darum, was in anderen Betrieben vor sich geht. Im Laufe der Zeit ist die örtliche Arbeitszeit im allgemeinen auf neun Stunden pro Tag festgesetzt worden, so bei den Staatsbetrieben, wie Kaiserliche Werft, Velloidungsämter, Depots usw., gleichfalls bei den Gemeinden, und auch der übergroße Teil der Privatbetriebe hat neunstündige Arbeitszeit, teilweise noch kürzere. Nur die Gasanstalten und einige wenige Gruppen im Transportgewerbe, die aber mit den Gasanstalten nicht im Vergleich zu stellen sind, arbeiten noch zehn Stunden und darüber. Selbst die menschenmordende 24stündige Wechselschicht ist auf unserer Gasanstalt noch nicht beseitigt. Wohl war die Verwaltung schon einmal auf dem Wege, die 24stündige Wechselschicht verschwinden zu lassen, doch wollte sie es aus Kosten der Arbeiter tun, worauf diese nicht eingehen konnten. Die Reiserwechelschicht hatte für die Feuerhausarbeiter Lohnausfall zur Folge. Diese glaubten, den Lohnausfall nicht ertragen zu können und verzichteten darauf.

möglichen papierenen Bestimmungen und zu guter Letzt heißt es noch: „Ist nicht so viele Kinder in die Welt, dann lang's schon. Nein, wenn ich mir so was vorstelle!“

Frau Joner war noch immer nicht zu Worte gekommen. Als aber der Redefrom jener unterbrochen war, erwiderte sie: „Sie tun ja gerade, als ob mich das alles wirklich beträfe.“ Sie ahnte nicht, daß sie jetzt schon Witwe und ihre Kinder Waisen seien. Wie zur Entschuldigung fiel die andere ein: „Ach meinte bloß, ich meinte bloß.“

Frau Joner war jetzt wieder allein und es überkamen sie ganz eigenartige Gefühle. Ihre sonstige Sicherheit hatte sie verlassen. Bald machte sie sich in der Küche zu schaffen, bald an dem Bett ihres Jüngsten, dann wieder in der Stube, aber überall, wie und wo sie ansah, zitterte ihre Hand. So gingen ihr die letzten Stunden des Vormittags in bangen Zweifeln dahin. Und wie langsam gerade heute die Zeiger über das Zifferblatt trocknen! Endlich war es zwölf Uhr. Von allen Kirchtürmen tönte es und die Fabriken lateten es den Arbeitern durch schrille Klingelzeichen oder laute Pfeifen kund. Nun mußte er ja bald kommen und sie aus ihrer Unruhe erlösen. Noch selten hatte sie so aufmerksam auf seine Schritte gelauscht, wie in diesen Minuten. Da hörte sie Männer Schritte über den Hausflur gehen. Doch jäh riß sie den Kopf herum. Das waren seine Schritte nicht, die sie seit Jahren zu hören gewöhnt war: an der Tür erschien ein Fremder. Er stellte sich ihr als Abgesandter des Stadtrats vor, der ihr „eine unangenehme Eröffnung zu machen habe“. Zwar sei man noch nicht gewiß, ob das Schlimmste eingetreten sei, jedoch solle sie sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß ihr Mann verunglückt sei. Mit mehr Selbstbewußtsein als Trost fügte er hinzu, daß es ja eine gewisse Linderung des Schmerzes für sie sei, im Bewußtsein zu leben, daß ihr Mann im Dienste der Stadt gestorben sei. Für sie und ihre Kinder sei selbstverständlich in ausreichendem Maße gesorgt

Wenn auch im Augenblick der Lohnausfall empfindlich war, so hätten doch besser die Arbeiter diesen Schmerz tragen sollen, und zwar im Interesse ihrer Gesundheit. An ihrer Körperkraft setzen sie mehr zu, als der durch 24stündige Arbeitsleistung verbiente Vorteil bedeutet. Der Verwaltung war die Lösung der Frage recht, sie hat ihrerseits auch nichts getan, um die Arbeitszeit zu kürzen. Die im Betrieb befindliche Gasanstalt in Wilhelmshaven ist der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für Feuerhausarbeiter ist ohne allen großen Kostenaufwand hier wohl möglich, wenn nur der gute Wille vorhanden wäre. Für die Gasarbeiter in Küstringen-Wilhelmshaven ist die überlange Arbeitszeit ein sehr drückender Zustand. Zehn Stunden direkte Arbeitszeit und zwei Stunden Pause, die zum Teil auch noch in den Räumen der Gasanstalt zugebracht werden müssen, ergibt täglich zwölf Stunden, welche die Arbeiter in Anspruch genommen sind. Für den Innenbetrieb kommt noch die Wechselschicht dazu, so daß die wöchentliche Arbeitszeit mit Pausen für die Wechselschichtarbeiter $8 \times 12 = 96$ Stunden beträgt. Wie das Familienleben dieser Arbeiter ausieht, kann sich jeder leicht denken. Angesichts dieser Zustände wäre es angebracht, daß auch die Verwaltung der Gaswerke der Frage der Arbeitszeitverkürzung endlich nähertritt.

◆ Aus der Praxis der Arbeiterversicherung ◆

Befreiung von der Invalidenversicherung tritt für eine Frau nicht deswegen ein, weil ihr Mann unter anderem auch Anspruch auf Witwenpension hat. Nach § 1231 der Reichsversicherungsordnung sind die in Staats- und Gemeindebetrieben Beschäftigten bezugsfrei, wenn ihnen Anwartschaft auf Ruhegeld im Mindestbetrage der Invalidenrente nach den Sätzen der ersten Lohnklasse und auf Waiseneute nach den Sätzen der gleichen Lohnklasse gewährleistet ist. Es taucht nun die Frage auf, ob auch eine Frau von der Invalidenversicherung befreit ist, deren Mann auf Grund seiner Beschäftigung Anspruch auf eine Witwenpension hat. Diese Frage ist vom Reichsversicherungsamt in einer Entscheidung vom 28. September v. J. mit folgender Begründung verneint worden: „Pension oder Ruhegeld im Sinne des § 1231 der Reichsversicherungsordnung sind nur Bezüge, die auf Grund eigener Dienstleistung im Falle der Dienstunfähigkeit oder des Alters gewährt werden. Die Witwenpension des Ehemanns kann nicht in Betracht kommen. Sie steht in keinem Zusammenhang mit der Beschäftigung der Frau A. und kann daher auch die versicherungsrechtliche Beurteilung dieser Beschäftigung nicht beeinflussen. Die Witwenpension wird auch erst im Augenblicke des Todes des Ehemannes fällig, so daß eine Versorgung der Frau A. für den Fall der Invalidität bei Lebzeiten ihres Ehemannes nicht gewährleistet ist. Der in seiner Weise sicherstellte bürgerlich-rechtliche Unterhaltsanspruch gegen den Ehemann kann das Ruhegeld nicht ersetzen.“

Starr und wie geistesabwesend hörte Frau Joner dem Ueberbringer dieser Botschaft zu; er war schon eine geraume Weile zur Tür wieder hinaus und hatte ihr sogar beim Abgang die Hand entgegengestreckt, ohne daß sie es gemerkt hätte; und noch immer stand sie da und stierte vor sich hin. Ihr war, als habe sich soeben vor ihr ein böser Spuk abgespielt. Noch rasten die wilden Bilder in ihr, dann stürzte sie auf das Bett zu, in dem das Jüngste mit munteren Augen in die Welt hineinblickte, dort brach sie mit einem lauten Aufschrei zusammen. Der Kleine aber lachte und jauchzte, als wolle er den Schmerz der Mutter überhören. Dann kamen die anderen heim, teils aus der Schule, teils vom fröhlichen Spiel und sahen das wundersame Gebaren der Mutter. „Ihr habt keinen Vater mehr!“ das war der einzige Satz, den sie hervorbrachte. Aber noch immer begriffen die Kinder nicht, warum es sich handelte. Erst allmählich kam ihnen zum Bewußtsein, daß etwas Schlimmes vorgegangen sein müsse.

Sie umringten die Mutter, die dann jedes einzeln zu sich heranzog, gleichsam als wolle sie alle vor einem neuen Unwetter in Schutz nehmen und doch war es ihr, als seien ihre Kräfte zu schwach. Dann war es still in der Stube, ganz still. Das aber ist der schlimmste Schmerz, der im geheimen wühlt und bohrt . . .

Draußen hatte sich das Wasser wieder verlaufen. Man hatte das Rettungswerk in verstärktem Maße fortgesetzt. Nach allen Richtungen durchsuchte man den Kanal nach dem Verunglückten. Vergeblich. Nichts war zu entdecken.

Nach etwa einer Woche sahen Arbeiter draußen vor der Stadt, dort, wo die Kanäle in den Fluß münden, ein schwarzes Etwas im Wasser schwimmen. Wahrhaftig, ein menschlicher Körper! Man beehrte sich, ihn ans Land zu bringen: es war der verunglückte Kanalarbeiter. Das abgerissene Seil, das er noch um den Leib trug, legitimierte ihn.

♦ Aus unserer Bewegung ♦

Berlin. In der am Donnerstag, den 30. Januar, abgehaltenen Generalversammlung der Filiale Groß-Berlin wurde beschlossen, den Jahresbericht der Ortsverwaltung künftig an die Zeitperiode vom 1. April bis 31. März zu knüpfen. Da die Etatsjahre der Gemeindeverwaltungen ebenso abschließen, wird es durch die Aenderung möglich sein, über die jeweils eingeleiteten Bewegungen abschließend berichten zu können. Dem weiteren Antrage der Ortsverwaltung, die dringend notwendige Vergrößerung des Büreaus vorzunehmen und zu dem Zweck größere Räume im Gewerkschaftshaus zu mieten, stimmte die Versammlung zu. Die vom Kassierer Kollegen Hoffmann darauf vorgelegte Abrechnung für das 4. Quartal 1912 zeigte für die Lokalkasse eine Einnahme (einschließlich des alten Bestandes) von 93 989,01 Mk., eine Ausgabe von 22 631,29 Mk., so daß ein Bestand von 71 357,72 Mk. bleibt. Für Unterstützungszwecke wurden ausgegeben in Sterbefällen 2707,50 Mk., an Kranke 12 266,98 Mk., an Arbeitslose 6249,33 Mk., an Gemahregelte 138,20 Mk., an Kollektende 615 Mk., Rechtschutz 143,80 Mk. — Die Mitgliederzahl ist von 1008 männlichen, 330 weiblichen und 110 jugendlichen auf 9219 männliche, 355 weibliche und 125 jugendliche gestiegen. Das sind im ganzen 9699 Mitglieder. Für den Groß-Berliner Ratifonds wurde 1912 eine Einnahme von 3353,50 Mk. in der Filiale erzielt. Die Neuwahl der Ortsverwaltung hatte folgendes Ergebnis: Bevollmächtigter: Wapth; Kassierer: Hoffmann; Leiter der Agitationsgruppen: Becker, Vufaster, Polenste, Schulz, Kabel; Revisor: Geipel, Kiel, Klippert, Neumann, Scharlau, Schulze, Schunemann, Süß, Kerner wurden gewählt als Revisoren: Dentschke, Krumm, Schäbel.

Der letzte Punkt der Tagesordnung: Bericht über den Stand der Tarifbewegung" mußte wegen vorgerückter Zeit vertagt werden und wurde am Freitag, den 7. Februar, besonders verhandelt. Kollege Wapth brachte der von etwa 1000 Mitgliedern besuchten Versammlung die Maßnahmen zur Kenntnis, welche die Ortsverwaltung seit der Einreichung des Tarifvertragsentwurfs im September vorigen Jahres getroffen hat. Den Magistraten der Städte Berlin, Charlottenburg, Lichtenberg und Neukölln sowohl, als auch der Tarifkommission der Berliner Stadtverordnetenversammlung sind die (schon früher in der „Gewerkschaft“ veröffentlichten) Gutachten bekannter Sozialpolitiker und die bereits von anderen deutschen Städten mit unserem Verbands abgeschlossenen Tarifverträge übermittelt worden. Obzwar schon seit Monaten die Forderungen der Arbeiter in den Rathäusern der genannten Städte liegen, verlaute bis heute über deren Schicksal noch so gut wie nichts. In Charlottenburg und Neukölln haben auch direkte Verhandlungen mit Magistratsmitgliedern keine Anhaltspunkte ergeben. Der Oberbürgermeister von Lichtenberg hat sich gar wieder in einer alten, abgebrauchten und antisozialen Weise geäußert und auf das Ersuchen um persönliche Rücksprache am 14. Dezember 1912 geantwortet:

„Sehr geehrter Herr!

Zu meinem Bedauern bin ich nicht in der Lage, über Angelegenheiten der städtischen Arbeiter mit Ihnen zu verhandeln, da ich grundsätzlich Angelegenheiten der städtischen Arbeiter nur mit solchen Beauftragten der städtischen Arbeiter bespreche, die selbst in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis zur Stadt stehen. Im übrigen bin ich selbstverständlich jederzeit bereit, mit einem im Dienst- oder Arbeitsverhältnis zur Stadt stehenden Arbeiter, als Beauftragten der Arbeiter, die Verhältnisse der städtischen Arbeiter zu besprechen.

Hochachtungsvoll gez. Rietben."

Obwohl man in Berlin in letzter Zeit gegen Verhandlungen mit dem Vertreter unseres Verbandes keine Schwierigkeiten mehr machte und auch der verstorbene Oberbürgermeister Rietben sich immer sprechen ließ, ist der Referent — wie er der darauf entrichteten Versammlung mitteilte — bei dem Versuch einer Rücksprache mit dem neuen Oberbürgermeister, Herrn Bernuth, selbstamerweise auf Widerstand gestoßen. Als er am 14. Januar in der feingehaltenen Sprechstunde des letzteren zwecks Anmeldung seiner Karte abgab, machten die im Vorzimmer die Tür zum „Allerheiligsten“ hütenden Beamten Schwierigkeiten ohne Ende und verweigerten die Anmeldung. Ob diese Schwierigkeiten aus eigener Nachvollkommenheit handelten, oder ob der neue Herr von Berlin selbst eine Abneigung gegen die beruflichen Vertreter der organisierten städtischen Arbeiter hat, das wird die nächste Zeit erweisen. Eine darauf mit dem Stadtrat Fischebeck zustande gekommene Unterredung zeitigte auch keine positiven Ergebnisse. Mit einer Lohnserhöhung soll ja der Magistrat sich tragen. Ueber den Umfang derselben vermochte der Herr Stadtrat sich nicht verbindlich zu äußern. Nach den sonstigen Auslassungen desselben scheint der Magistrat den tariflichen Vereinbarungen nicht viel Gewicht abzugewinnen; eine definitive Stellungnahme liegt jedoch noch nicht vor. Im Laufe seines Berichtes zeigte sich Kollege Wapth noch mit

den unqualifizierbaren Angriffen des Stadts. Goldschmidt in der Stadtverordnetenversammlung vom 3. Oktober v. J. aus einander und wies energisch die Verdächtigung zurück, daß die freigewerkschaftlich organisierten Berliner Gemeindegewerkschaften oder Hirsch-Dunderschen Arbeiter Gewerkschaften ausüben könnten oder mit dem Tarifvertrag gar ein Monopol für unseren Verband erzielten. Auf welche Art dieser Hirsch-Dundersche Führer Arbeiterinteressen vertritt, beweise die Tatsache, daß ein Scharfmacherorgan vom reinen Wasser, die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“, Herrn Goldschmidt mit schamendem Behagen in ihre Arme nimmt und ihm lebhaft zustimmt. — Nach einer lebhaften Diskussion, in der ein Redner empört die Abweisung der Bevollmächtigten beim Oberbürgermeister als eine Schmach bezeichnete, nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an:

„Die Generalversammlung der Filiale Groß-Berlin am 7. Februar 1913 entnimmt aus dem Bericht der Ortsverwaltung, daß der im September 1912 bereits von den Arbeiterausgüssen und der Gewerkschaftsleitung eingereichte Antrag auf Abschluß tariflicher Lohn- und Arbeitsbedingungen bei den in Frage kommenden Stadtverwaltungen Groß-Berlins nicht die erste Würdigung findet, welche diese soziale Forderung verdient. Es verlaute weder etwas von einer Stellungnahme der Magistrats, noch ist den Arbeitervertretungen bis jetzt eine definitive Aufklärung bezüglich der vor Monaten übermittelten Anträge zugegangen.

Die Versammlung mißbilligt eine solche schleppende Behandlung ihrer wohlbegründeten und berechtigten Anträge auf Abschluß eines Tarifvertrages unter gleichzeitiger Erhöhung der jetzigen Löhne auf das Lebhafteste. Sie stellen noch einmal fest, daß die städtischen Arbeiter entschieden an diesen Forderungen festhalten, und beantragen die Ortsverwaltung, zur Förderung derselben unverzüglich erneut bei den Herren Oberbürgermeistern vorstellig zu werden.“

Mit einem begeistert ausgebrachten Hoch auf unseren Verband und die Vereingung schloß die vom heißen Geist besetzte Generalversammlung.

Dresden. Der im vorigen Jahre auf „nationaler Grundlage“ neugegründete Verein der städtischen Arbeiter Dresdens hatte für den 25. Januar alle städtischen Arbeiter, die dem Verbands fernstehen, zu einer Versammlung eingeladen. Es sollte das eine große Propagandaversammlung werden, sollte doch der liberale Stadtrat Gregor über die bestehende Arbeiterordnung referieren. Wir glaubten, daß es der Verdichtung unseres Willens nur vorzuziehen sein konnte, wenn auch wir uns des Referats des Herrn Stadts. Gregor anboten, und so machten wohl auch zahlreiche städtische Arbeiter Gedacht haben, die dem Verbands nicht fernstehen. Der Versammlungsbeginn war auf 1/2 Uhr festgesetzt; als wir aber gegen 8 Uhr im Lokale erschienen, erblühten wir wohl etwa 40 Mitglieder unserer Filiale, aber die Mitglieder des neuen Vereins, ja die waren sehr dünn gesät; es machten vielleicht, als Herr Adel gegen 1/2 Uhr die Versammlung endlich eröffnete, höchstens 12 Mann erschienen sein. Zu seinem wie auch zu unserem großen Bedauern machte Herr Adel mitteilen, daß der bestellte Referent, Stadtverordneter Gregor, leider in letzter Minute abgefaßt habe, da es sein Gesundheitszustand ihm nicht erlaube, zu referieren. Nunmehr ergriff Herr Dorn das Wort, erklärte, daß er völlig unvorbereitet sei, aber versuchen wolle, die Arbeiterordnung zu behandeln. Zunächst aber konnte er es sich nicht verkneifen, sich an Verbands etwas zu reiten. So meinte er, der Verband sei von außen heringebracht worden und wäre selber schuld, daß sich der neue Verein gegründet habe, da wir im Verbands parteipolitische Bestrebungen bildigten. In was diese Bestrebungen bestanden, sagte Herr Dorn freilich nicht. Dann kam er auf die Arbeiterordnung zu sprechen, besprach die einzelnen Paragraphen, die seiner Ansicht nach abzuändern wären. Nun, wir müssen sagen, daß die Herren recht sehr beiseiden sind in ihren Anträgen und weit unter das heruntergelassen, was die vereinigten Arbeiterausgüsse seit Jahren schon verlamen. Kollege Dorn hielt denn auch den Herren mit aller Deutlichkeit vor Augen, daß sie mit ihrem Vorgehen den Arbeiterausgüssen nur in den Rücken fielen. Das war nun freilich nicht nach dem Geschmack der Herren und Dorn bewies sich, seinen Verein reinzuwaschen. Nachdem der Stadtverordnete Walter (lib.) den Arbeitern sein wärmstes Wohlwollen bezeugt hatte, nahm Herr Stadtverordneter Lehrer Raneb, ebenfalls der liberalen Gruppe angehörend, das Wort. Wenngleich der Herr eine ziemliche Unkenntnis der ganzen Verhältnisse bezeugte (er ist ja erst seit kurzer Zeit im Kollegium), so mußte er aber doch im großen und ganzen unserem Kollegen Dorn recht geben. Kollege Reichler stellte dann die verschiedenen Ausführungen richtig und hielt besonders Herrn Adel sein widersprüchliches Verhalten vor Augen. Zwei Wahlperioden hindurch hat Herr Adel dem Arbeiterausgüssen angehört und hat als solcher seine Unterschrift zu den Anträgen der vereinigten Arbeiterausgüsse gegeben; heute nun ist er mit viel weniger zufrieden. Kollege Berger und Seibert gingen ebenfalls mit den Herren scharf ins Gericht, und wir glauben gern, daß es den Machern des neuen Vereins recht ungemütlich wurde. Das

ganze Ergebnis der Versammlung war denn auch so unabweislich klar, daß selbst Herr Ahtel am Schluß sagen mußte, daß durch die Beteiligung des Verbandes erst die Versammlung interessant geworden sei. Und so ist es auch womit die ganze Mäßigkeit des auf „nationalem Boden“ stehenden Vereins bewiesen ist.

Gienach. Am 11. Januar fand die Generalversammlung statt. Kollege Kroll erstattete den Jahresbericht und erwähnte nochmals die für 1913 berechnete Lohnforderung. Kassierer Rehlig gab den Kassenbericht. Der Kassenbestand betrug 482,18 Mk., die Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres 124. An Unterstützungen sind 48,05 Mk. gezahlt. Die Vorstandswahl ergab: A. Kroll, Vorsitzender; R. Rehlig, Kassierer; Treise, Schriftführer.

Freiburg (Schd). Die Filiale hielt am 26. Januar in der „Lilium“ ihre gut besuchte Generalversammlung ab. Aus dem Bericht des Vorsitzenden geht hervor, daß im verfloßenen Jahre in der Filiale reges Leben pulsierte. Auf Antrag des Verbandes wurde der Sommerurlaub neu eingeführt, und wenngleich dieser noch nicht allen berechtigten Anforderungen entspricht, so ist doch die Grundlage geschaffen, auf der weiter gebaut werden kann. Die Mitgliederzahl kann ebenfalls als gut bezeichnet werden, gebören doch von insgesamt etwa 135 städtischen Arbeitern 101, das sind etwa 75 Proz., dem Verbands an. Die Gesamteinnahme der Filiale betrug 2491,53 Mk., darunter allein für Wochenbeiträge 1930 Mk. Die gesamten Ausgaben belaufen sich auf 2060,11 Mk., darunter für Zweckunterstützung 52 Mk., für Krankengelder 519 Mk., Sterbegelder usw. 205 Mk., so daß am Schlusse ein Kassenbestand von 1432 Mk. verbleibt. Die nun folgenden Neuwahlen der Verwaltung gingen glatt vonstatten; es wurden fast alle bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Beschlossen wurde, einem erkrankten Kollegen eine Extraunterstützung zu gewähren. Ferner wurde beschlossen, die invaliden Mitglieder von der Zahlung von Sozialzuschlägen zu befreien, weiter, daß die Auszahlung von Unterstüßungen aller Art nur noch Sonnabend abends von 7 bis 9 Uhr erfolgt. Eine am 9. Februar stattfindende Versammlung wird sich mit der Lohnfrage beschäftigen. Wir verweisen schon heute alle städtischen Arbeiter auf diese besonders wichtige Versammlung und fordern zu vollzähligem Besuche auf.

Wien (Jahresbericht). In der Generalversammlung erstattete Goll. Binder den Bericht von 1912, aus dem hervorgeht, daß die Filiale einen erfreulichen Fortschritt verzeichnen kann. Im Vordergrund des Interesses stand die Schaffung des neuen Lohn tariffs für sämtliche städtische Betriebe, der am 1. April 1912 in Kraft trat. Neben einer täglichen Zulage von 25 Pf. an die im Tagelohn Beschäftigten und 8 Mk. für die Monatslöhner wurden die Lohnklassen vereinfacht und zum großen Teile die Anfangs- und Endlöhne erhöht. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist abgelehnt worden. Ein Antrag beauftragte die Verwaltung, in eine Prüfung einzutreten, ob und in welchen Betrieben eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Einschränkung der Sonntagsarbeit möglich ist. Der günstige Finanzschluß der Stadt sowie die erfolgreiche Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit in der Metallindustrie des hiesigen Bezirks veranlaßte die Ortsverwaltung und die Arbeiterausschüsse zu einem erneuten Vorgehen. In mehreren Sitzungen, an denen auch die christlichen Obmänner sowie ein christlicher Verbandsvertreter teilnahmen, einigte man sich über die Richtlinien, die aufgestellt werden sollten. Im entscheidenden Augenblick zog sich jedoch der christliche Verband unter allerlei nicht scheinbaren Gründen zurück. Wir führten daraufhin im Verein mit dem Obmannesausschuß die Bewegung weiter. Im Dezember konnte eine ausführlich bearbeitete Eingabe mit unseren Forderungen eingereicht werden. Nunmehr hat die Stadtverwaltung das Wort. Die Stadtverordnetenmehrheit aber wird zeigen müssen, ob es ihr Ernst ist mit der angeblichen Vertretung der Arbeiterinteressen und besonders dieser Kulturforderung. — An dem „Vereinigte Kölner Theater“ schlossen wir zum 1. September einen neuen Vertrag, der den Kollegen neben einigen kleineren Verbesserungen eine Lohnzulage von 5 Mk. monatlich brachte. Im August unterbreiteten wir der Direktion der „Vereinigte Stadttheater“ einen Vertragsentwurf für das Garberoberviertel. Nach Beseitigung verschiedener Hindernisse kamen im September die Verhandlungen in Fluß. Anfang Oktober einigten wir uns auf der Grundlage des bereits bestehenden Vertrages für das technische Personal. Für die Schneiderinnen wurde ein Anfangslohn von 70 Mk., steigend bis 100 Mk., erzielt. Die Schneider erhalten 120 bis 140 Mk., steigend um 250 Mk. pro Jahr und Monat. Die direkt erzielten Lohnerböhrungen bewegen sich zwischen 5 und 15 Mk. monatlich. Die Arbeitszeit wurde geregelt, die Bezahlung der Nebenstunden, Nacharbeit usw. tariflich festgelegt. Die Organisation wurde als Vertragskontrahentin, wie im Vorjahre, anerkannt. Dieser Fortschritt war aber den Schwarzen gegenüber, zumal sie an den Theatern nichts zu sagen haben. Die städtische Theaterkommission wurde mobil gemacht und hat nach langem Warten im Dezember wohl die materiellen Bedingungen des Vertrages, nicht aber die Organisation als Kontrahenten, anerkannt. Die schwarzen Zentrumschriften haben im Verein mit der Theaterkommission, die mit ihrergeigen bejeht ist, ein Werk des Fort-

schriffs verhindert. Das geniert sie aber nicht, sich trotzdem als die „wahren“ Arbeitervertreter angupreisen. In Mühlheim reichten wir im September eine Eingabe um Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne, Schaffung eines Tarifes usw. ein. Diese Tätigkeit trug uns schon verschiedentliche festige Angriffe der Verwaltung und der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit ein. Bisher hat man die Regelung der Eingabe hinausgeschoben, angeblich, weil der zu bildende Arbeiterausschuß zur Beratung zugezogen werden soll. Inzwischen sind die Wahlbestimmungen und das Reglement für den Ausschuss herausgekommen. Fast alle Verbesserungsanträge, die von den drei sozialdemokratischen Stadtverordneten vertreten wurden, wurden niedergebittet. Die Bestimmungen sind demnach mehr wie mittelalterlich ausgefallen und schließen außerdem die Mehrzahl der Beschäftigten von der Wahl aus. Und das nennt man eine Arbeitervertretung. Die Tätigkeit der Verwaltung in organisatorischer und agitatorischer Hinsicht war eine weit umfassende. Die Bezirksleitung mit einem Bezirksleiter an der Spitze hat sich gut bewährt. Neuaufnahmen sind 294 zu verzeichnen. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Jahres 1218. Die Einnahmen sind beträchtlich gestiegen. In Beiträgen wurden umgekehrt 4040 Stück, mehr rund 2000 gegen das Vorjahr. Aus den Beiträgen wurden 2194,05 Mk. vereinnahmt. An wichtigen Ausgaben sind zu nennen: 429,44 Mk. Krankengelder, 211 Mk. an Arbeitsloie, 635 Mk. Sterbegelder, für Rechtschutz in Prozessen usw. wurden 157 Mk. verausgabt. Entsprechend den Beschlüssen des Verbandstages erhöhten wir den Beitrag ab 1. Oktober, und zwar von 45 Pf. auf 55 bzw. 60 Pf. Die 60-Pfennig-Klasse ist eine freiwillige. Wer in dieser Beitragsklasse leidet, erhält im Krankheitsfalle 3,60 Mk. pro Woche nach 26 Beitragswochen, und nach 52 Beitragswochen eine Woche länger Unterstützung, als wie die von der Hauptklasse gewährt. Diese Regelung brachte einen vollen Erfolg, denn heute zahlen schon 60 Proz. der Mitglieder den freiwilligen Beitrag von 60 Pf. Ein Beweis für die gewerkschaftliche Schulung unserer Mitglieder. — Dem Kassierer und der Ortsleitung wurde Entlassung erteilt und der gesamte Ortsvorstand einstimmig wiedergewählt. Als Kartelldelegierte fungieren Binder und Klein, als Revisionen Hoffmann, Reichlön und Willers.

Lebe. Unsere Kollegen hielten am 3. Februar eine öffentliche Versammlung ab, in der Kollege Reumann-Bremen referierte über: „Was hat die Stadtverwaltung von Lebe seit dem Jahre 1910 für ihre Arbeiter getan?“ Die Leber Gemeindeglieder mit Ausnahme der Gasarbeiter haben ihre letzte Lohnzulage im April 1911 erhalten. Die Ausgaben für die Lebensbedürfnisse aller Art sind seitdem gestiegen, so daß die Lebensbedingungen der Gemeindeglieder heute viel schlechter sind wie damals. Die Gasarbeiter haben 1912 eine Zulage erhalten. Ein verhältnismäßig kleiner Teil 2 Pf., die andern 1 Pf. die Stunde. Diese geringe Zulage ist nicht imstande, die entstandenen Mehrausgaben auszugleichen. Bremerhaven hat seinen Arbeitern durchschnittlich 25 Pf. pro Tag zugewährt. Gemeindeglieder 20 Pf. Diese Verwaltungen haben mehr Verständnis für die bedrückte Lage ihrer Arbeiter gezeigt, als die Verwaltung von Lebe. Da das Einkommen den verteuerten Verhältnissen nicht mehr entsprach, stellten sich selbstüberwältigenderweise Zahlungsschwierigkeiten ein. Anstatt die Lohnneigungen der Kollegen zu bewilligen, erließ die Verwaltung folgenden Maß: „In letzter Zeit sind mehrfach Lohnspändungen für rückständige Steuern und sonstige Forderungen bei uns eingegangen. Wir machen unsere Arbeiterschaft darauf aufmerksam, ihren Verpflichtungen für die Zukunft pünktlich nachzukommen, da bei wiederholten derartigen Spändungen eine weitere Beschäftigung bei uns nicht möglich ist. Lebe, den 2. Oktober 1911.“ Also dieselbe Stadtverwaltung, die so schlechte Löhne zahlt, daß ihre Arbeiter nicht einmal die Steuern bezahlen können, findet noch den Mut, diesen Arbeitern mit Entlassung zu drohen, wenn sie ihren staatsbürgerlichen Verpflichtungen nicht nachkommen. Sollte man so etwas für möglich halten? Die Arbeiterschaft selbst hat ein großes Interesse daran, schuldenfrei zu bleiben, wenn aber das Einkommen nicht mehr den Ausgaben entspricht, dann hört selbst beim besten Willen das Zahlen auf. Im November 1911 reichten die Kollegen eine weitere Eingabe um Gewährung einer Feuerungszulage ein. Die Arbeiterschaft hoffte, daß die Verwaltung, dem Beispiel anderer Städte folgend, ihrem Wunsch erfüllen werde. Auch der Standpunkt, den die Finanzkommission in dieser Frage anfänglich einnahm, war vielversprechend. Doch auch jetzt fanden es die Stadtväter noch nicht nötig, der Not ihrer Arbeiter zu steuern. Bei den Etatsberatungen wurde die Feuerungszulage glatt abgelehnt. Nur die Gasarbeiter erhielten die vorerwähnte Zulage. Im August erwiderten die Gemeindeglieder um Einführung eines Arbeiterausschusses. Die Arbeiterschaft war der Ansicht, daß der schlechte Erfolg ihrer Wünsche auf die fehlende Interessensvertretung zurückzuführen sei. In der Bürgerversammlung am 4. Oktober wurde die Frage behandelt. Sie endete mit dem Resultat, daß die Sache an den Magistrat verwiesen wurde. Obgleich die Einrichtung des Arbeiterausschusses mit gar keinen Unkosten verbunden ist, konnte sich die Mehrheit der Bürgerversammlung nicht einmal dazu entschließen, der Frage im Prinzip zuzustimmen. Im August

reicherten die Gasarbeiter abermals eine Eingabe um Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen ein, der im November eine solche der übrigen Arbeiter folgte. An Stelle der Stundenlöhne werden Tagelöhne verlangt. Die geforderte Lohnhöhe geht nicht über die Bremerhavener Verhältnisse hinaus. Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 25% Proz. für Nacht- und Sonntagsarbeit ein solches von 50 Proz. gefordert. Weiter wird die Erweiterung des Erholungsurlaubes, früherer Arbeitsurlaub vor hohen Feiertagen, Zahlung eines Differenzbetrages bei Krankheit und Unfällen, Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage, Einführung von Nachtlohn- und Hinterbliebenenversorgung und die Annahme des § 616 A.G.B. für alle Arbeiter gewünscht. Die Gasarbeiter verlangen insbesondere die Einführung einer Meisterpflicht und Befreiung der Arbeiter für Gas- und Wasserzählentabletter und Automatenkontrollen. Für die Bauamtsarbeiter wird die Forderung je eines Oelrads verlangt. Da die Eingabe nach im Höhe der Verwaltung ruht, und ihrer Erledigung bei den Etatberatungen harret, war es notwendig, der Verwaltung durch diese Versammlung besonders das Gewissen zu schärfen. In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten unterstützt und ergänzt. Eine im Sinne des Referats geäußerte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Rübed. In der Monatsversammlung vom 7. Februar hielt Genosse Brumme einen Vortrag über Imperialismus. Abdomm wurde die Abrechnung vom Gewerkschaftshause bekanntgegeben. Sie schließt mit einem Defizit von 134,75 M. ab. Weidhosen wurde, von Seiten der Jubilare in diesem Jahre ein Stiftungsfest und ein Winterfest abgehalten. Zwei durch Krankheit in Rot geratene Mitglieder erhielten 10 resp. 20 M. Unterstützung bewilligt.

Seifenfabrik. Bereits vor drei Jahren wurde versucht, die Gemeindearbeiter dem Verbandsbezug zuzuführen. Doch die Bemühungen waren erfolglos. Die Arbeiter glaubten ohne Organisation auch auszukommen. Sie sind jetzt eines anderen belehrt worden, und was uns vor Jahren nicht gelang, gelang jetzt dem Gemeindevorstand so rechtlos, daß heute die Arbeiter bis auf den letzten Mann dem Verbandsbezug beigetreten sind. Man läßt nämlich jetzt die Arbeiter täglich nur noch acht Stunden arbeiten. Genoss wollen von den Achtstundentag, aber bei auskömmlichen Löhnen. Wenn nun hier den Gemeindearbeitern die achtstündige Arbeitszeit beibehalten wurde, so bedeutet es für sie nicht mehr und nicht weniger als drei Mark wöchentlich Lohnausfall. Den können bei den heutigen Löhnen und den teuren Lebensmittelpreisen die Arbeiter ganz selbstverständlich nicht tragen. Diese Maßnahme also hat dem Rath den Boden ausgehöhlet, die Arbeiter erkannten mit einemmal, daß auch für sie die Organisation eine bittere Notwendigkeit ist, um solchen Anschlägen energisch entgegenzutreten zu können. Jetzt versucht man, die Arbeiter der Organisation absperrig zu machen. Der Herr Straßenmeister tut sich da ganz besonders hervor. Er kann es gar nicht fassen, daß die Arbeiter von ihrem gesetzlich gewährtesten Koalitionsrecht Gebrauch gemacht haben. Wir aber raten den Arbeitern dringend, sich nicht beeinflussen zu lassen, sondern: treu zur Organisation zu halten. Es ist nur zu ihrem Nutzen.

Stahlhüt. In der Versammlung vom 2. Februar referierte Kollege Bachmann über: "Die Ziele und Bestrebungen unseres Verbandes". Kollege Ubbde gab abdomm interne Angelegenheiten bekannt. Zu Anwesenheitsmitgliedern wurden Ubbde und Kol. bestimmt und beschlossen, die Sitzungen mit 10 Pf. zu entschädigen. Zum Mitglied der Jugendkommission bestimmte die Versammlung den Kollegen Wessler.

Stettin. Unsere Jubilare hielt am 26. Januar ihre Generalversammlung ab. Nachdem das Ableben eines Kollegen gefeiert worden war, gab der Kassierer Schmitt den Kassenbericht. Die Jubilare wählten am Jahresabschluss einen Kassenbericht von 2186,50 M. und eine Kassenübergabe von 614 auf. Den Kassenbericht erstattete Kollege Grotzloff. Ihm ist zu ermahnen, daß er in der nächsten Jahre einen guten Bericht vorzulegen gemacht haben. Die Kassenabrechnung der Kassiererei hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorh. Grotzloff, 1. Kassierer Schmidt, Schriftführer Karon, Kasse Kassierer für die am 9. Februar bei Monats stattfindende öffentliche Versammlung sei den Kollegen nochmals zur Pflicht gemacht.

Wiesbaden. Am 27. Januar fand eine öffentliche Versammlung der Jubilare des Stahlbauvereins und der Stadtgasarbeiter statt. Gau-Inster Welsch referierte über die Bedeutung der Arbeiterorganisation. Zur Lösung seiner Ausführungen ermahnte er, nur organisierte Arbeiter in den Kassenbuch zu wählen. Darauf wurden die Kassenbücher bestimmt, die sich auf alle in Frage kommenden Betriebe bezieht: 1. Eisenbau, 2. Gaswerke, 3. Gaswerke, 4. Eisenbau, 5. Eisenbau, 6. Eisenbau, 7. Eisenbau, 8. Eisenbau, 9. Eisenbau, 10. Eisenbau.

Witten. Nachdem die gutbesuchte Generalversammlung am 2. Januar den Jahres- und Kassenbericht eingesehen worden, hielt, bei starkem Besuche, einen Vortrag über: "Kommunale Eigenbetriebe".

Abdomm wurde die neue Lohnordnung besprochen. Der Anfangslohn ist äußerst niedrig; er beträgt 36 Pf. Der Sommerurlaub ist in folgender Weise geregelt: Nach zwei Dienstjahren drei Tage, nach drei: vier Tage, nach fünf: fünf Tage und nach acht Dienstjahren sechs Tage. Obwohl die Einführung von Arbeiterausschüssen schon längst beschlossen ist, warten die Kollegen noch immer auf die Durchführung des Beschlusses. In den Jubilarevorstand wurden gewählt: O. Günther, Vorsitzender; A. Schubert, Kassierer, W. Spilner, Schriftführer. Kollege Schubert wohnt Wittenburger Straße Nr. 11b. Seine Geschäftszeit ist Sonntags von 6-8 Uhr.

Rundschau

Das Scharfmachertum im preussischen Abgeordnetenhaus. Unsere Junker sind ganze Meile. Keine verweidlichter Maulhelden wie unsere Liberalen, Wassermaischer wie Kiemerischer Karbung. Sie versuchen zu kämpfen mit einem Traugelbe, daß die organisierte Arbeiterkraft viel von ihnen lernen kann. Die verminderte Niederlage im Reichstage, die sie mit ihren Streikbrecheridyllen erlitten, hat sie durchaus nicht mutlos gemacht. Muge haben sie die Tribune des preussischen Abgeordnetenhauses dazu benutzt, nicht nur, um die Regierung für ihre Wünsche scharf zu machen, sondern alle Gegner ihres Antrages vom Staatssekretär Dr. Delbrück bis zum letzten Reimannmann gehörig abzulanzeln. Dem freiservativen Junker v. Kardorff waren das alles offene und verkappte Reichsfeinde. Für die Junker ist auch nicht der Reichstag die Stätte, wo die Reichspolitik gemacht wird, sondern der preussische Landtag. Kardorff drückte das auch am 31. Januar folgendermaßen aus: "Wir müssen uns auch hier einmal ernstlich damit beschäftigen, wie man die Sozialdemokratie bekämpfen und die Arbeitsschlägen schärfen kann. Man mag vielleicht einwenden, das sei Reichsache, aber wir werden die Meinung des Juristen Wislizenus beherzigen müssen, mehr als bisher die Angelegenheiten des Reiches vor unser Forum zu ziehen. Wir werden es tun müssen, um die Stellung der preussischen Regierung im Bundesrat gegebenenfalls zu stärken, wo es erforderlich erscheint. Wir haben um so mehr Veranlassung dazu, als sich neuerdings der Reichstag in einer ganz unerhörten Weise in innerpreussische Angelegenheiten eingemischt hat. Auf die Materie, um die es sich handelt, hat, auf das Enteignungsgesetz, will ich hier nicht eingehen. Man kann vielleicht bedauern, daß ein solches Gesetz gemacht worden ist, aber es handelt sich um ein preussisches Gesetz und um die Durchführung preussischer Gesetze ist der Ministerpräsident verantwortlich, aber nicht dem Reichstag. Wir weisen jedoch falls diese Einmischung aufs entschiedenste zurück, wir lassen uns einmischen in diese Fragen von niemandem gefallen." — Nachdem er so den Standpunkt seiner Lustfreunde gefestigt, fuhr er weiter fort: "Im Reichstage ist eine Resolution der deutschkonservativen Partei, die einer Schärfe der Arbeitsschlägen fordert, zu unserem lebhaften Bedauern abgelehnt worden. Die Resolution ist von dem Grafen Schöler in so eindringlicher Weise begründet worden, daß ich sagen kann, er hat sich um die Klärung dieser Frage ein dauerndes Verdienst erworben. Vor allem bedauern wir die ablehnende Haltung des Staatssekretärs Tellerud zur Streikpöbelresolution der konservativen im Reichstag. Wenn die Staatsgewalt die Arbeitsschlägen vor dem Terrorismus der Sozialdemokratie nicht schützt, dann sind die Arbeitsschlägen einfach verloren. So wie bisher kann es nicht weitergehen. Welches Maß von Vermehrungen bereits erreicht ist, wie weit jedes Gefühl für Recht und Ordnung bereits untergegangen ist, zeigen die 2000 Verurteilungen von Streikenden während des letzten Bergarbeiterstreiks. Angehts dieser Zustände muß ich sagen, daß die bestehenden Strafmittel eben nicht ausreichen und daß stärkere Strafmittel notwendig sind. Das "Berliner Tageblatt" hat bei Besprechung der Gegenseite zwischen Herrn Delbrück und Herrn Dollans geschrieben Herr Delbrück sei der junge Mann des Herrn v. Dollans zu sein. Na, wenn es doch wahr wäre! Dann hätte er im Reichstage eine solche Erklärung zur Streikpöbelresolution nicht abgeben können. Wir verlangen, daß die preussische Regierung im Bundesrat sich unserer Auffassung anschließen. Da die nationalen Arbeiter sich des Terrorismus der Sozialdemokratie nicht mehr erwehren können, so es die Pflicht der Regierung, sie zu schützen. Um der Kampf gegen die Sozialdemokratie kommt die bürgerliche Gesellschaft nicht herum. Die Teilnahme an der Staatsgewalt dazu, diesen Kampf aufzunehmen, und es ist ein beharrliches, ja, ein unerschütterliches, daß die Regierung und nicht bürgerliche Streik das Gefühl für die Gemeingefährlichkeit sozialdemokratischer Streikverbrechen überhaupt verlieren haben. Die Gewalt des Ministeriums kann nur mit einer energischen Organisation bekämpft werden. Dieser Geist der energischen Organisation ist die Stärke unserer Partei, und dieser Geist muß auch in die Reichsämter eingedrungen. Wir mahnen die Regierung, die Sozialdemokratie, sowohl, wie auch die Regierung scharf zu machen, daß sie fester Reichsstaatsrecht nachläßt. Wir unser Klubung stellen wir nur unsere Pflicht gegen unser Gewissen und das Land. Ich wünsche, ich hätte Recht. Aber es ist unsere

überzeugung, daß über kurz oder lang die starke Hand kommen muß, um das Land von der Gefahr zu befreien, von der es ungewissheit bedroht ist. (Sturmischer, demonstrativer Beifall rechts.) Der Redner wird von den Mitgliedern der Redien beglückwünscht.

Daß eine solch brutale Rede, die sich vielmehr gegen die Gewerkschaften als gegen die sozialdemokratische Partei wendet, von sozialdemokratischer Seite zurückgewiesen wurde, ist selbstverständlich. Der Abg. Dirsch, Berlin hat das meisterhaft besorgt. Aber der preussische Landtag ist infolge des Dreiklassenwahlrechts kein Reichstag. Hier herrschen die Junker nahezu unumschränkt, und der Einfluß der Arbeiterschaft ist gering. Das halbe Duzend Sozialdemokraten wird in den meisten Fällen mundtot gemacht. Der, wie im Fall Borchardt, von der Polizei an die frische Luft gesetzt. Der Vorstoß der Junker im Dreiklassenhause zeigt, daß dem preussischen Landtage ein freieres Wahlrecht gegeben werden muß, soll die Arbeiterschaft nicht erleben, daß von dort über den Kopf des Reichstages hinweg die Koalitionsfreiheit der Arbeiter beschmitten wird.

Was Einigkeit vermag. Das Personal der Hamburger Hochbahn stellte am 1. Februar ganz plötzlich den Dienst ein. Es war zum größten Teil unorganisiert, da die Direktion nur Richtorgane einstellte und den Anschluß an die Organisation ihren Angehörten aufs strengste verbot. Die Gründung einer sogenannten Nachgelasse, zu der die Angestellten ganz enorme Beiträge zahlen sollten, die sie natürlich bei ihren geringen Gehältern nicht aufbringen vermochten, hatte unter den Angestellten eine große Unruhe herbeigeführt und schließlich ein Verbot der Angestellten verurteilt. Diesen Vorstoß hat die Direktion mit der Wahregelung von 10 Angestellten beantwortet, die ein Aufgebot an die Direktion unterzeichnet hatten. Die Nachricht von der Wahregelung bewirkte, daß das gesamte Fahrpersonal die Direktion einstellte und die Werkstättenarbeiter sowie das Amtsdienstpersonal sich dem Streik anschloß. Die Direktion mußte sich schließlich dazu bequemen, mit dem Deutschen Transportarbeiterverband zu verhandeln, der die Forderungen des Personals vertritt und einen allgemeinen Kolonnenstreik die Anerkennung der Organisation forderte. Sie erklärte sich schriftlich bereit, die Forderungen zurückzunehmen. Die Wiedereröffnung des Betriebes sollten nicht gegen die Gesellschaft agieren zu wollen. Die Streikbedingungen sollen eingehend geprüft werden. Bis Mitte Februar soll die Antwort auf die Gehaltsforderung vorliegen; die Direktion sollte Mitte März sich erst dazu äußern. Daraufhin nahm das Personal den Dienst wieder auf. — Hier hat sich der prokaiserliche Unternehmerstandpunkt wieder einmal als ein Teil von jener Kraft gezeigt, die stets das Beste will und doch das Beste schafft. Ohne die Behandlung wäre das Personal noch lange nicht zu einer Einigkeit gekommen. Nun haben sie sich ohne die anderen Zugewandten auch die Anerkennung des Koalitionsrechts erkämpft. Die Lotten, die Hamburger Hochbahner werden nun auch treu zu der Organisation halten.

Eine köstliche Episode für das Münchener Gewerkschaftshaus. Die von dem „Vorwärts“ angenommen, haben Magister und Gewerkschaftsmitglied der Stadt München, in Würdigung der kulturverdienenden Tätigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete des Unterrichts- und Bildungswesens, sowie der Gewährung von Arbeitslohn für die großen Schäden der Arbeiterschaft, den freien Gewerkschaften für das im vorigen Jahre erhaltene Gewerkschaftshaus eine Episode von rund 400 000 Mk. zu wägenen Zinszinsen bewilligt. — Kreis und Ehrenburg Janischau werden nun sicherlich die Aufhebung der Münchener köstlichen Kollegien verlangen.

Eine Charakterisierung der Gelben nahm am 21. Januar d. J. der Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Redakteur und Herausgeber der „Soz. Praxis“, in einer öffentlichen Veranstaltung in Berlin vor. Er wies an der Hand von Persönlichkeiten aus dem gelben Lager nach, wie stark die Wirkung der Arbeitgeber bei dieser Bewegung ist und welchen Einfluß sie auf die gelben Reden haben. Wenn die Gelben sagen, sie wollten in Harmonie mit den Unternehmern die Interessen der Arbeiter vertreten, so ist dem entgegenzusetzen, daß es eine Interessengemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern nur dann gibt, als beide vom guten Geschäftsgang Vorteil haben. Die Interessen der Unternehmern und Arbeiter sind gegenüber. Unter ganzem Vorbehalt stehen in Kampf entgegen. Die Interessen, in dem die Macht entscheidet. Deshalb haben die Arbeiter in Gewerkschaften zusammengeschlossen, um im Arbeitskampf ihre Interessen gegenüber den Unternehmern zu vertreten. Die gelben Kreise können eine solche Interessenvertretung nicht sein, weil sie mit den Unternehmern in Verbindung stehen, von ihnen unterstützt und gefördert werden. In der unerbittlichen Verhöhnung der Unternehmern verbanden die Gelben mit dem Umstand, daß die unabhängigen Gewerkschaften den Unternehmern und den Unternehmern rufen, um den die Gelben zu beschuldigen. Die Gelben gehen von den Anzeichen, die die unabhängigen Gewerkschaften auf dem Arbeitsmarkt erkennen. Wenn es möglich wäre, daß die unabhängigen Gewerkschaften sich zusammenschließen, dann verließen auch die Gelben den Kampf gegen den Arbeiter, dann sind sie auf Gnade und Ungnade

den Unternehmern ausgeliefert. Die Gelben haben ihr Nest gebaut an dem Gehalt des Tages, welches die unabhängigen Gewerkschaften zum Schutze der Arbeiter errichtet haben. Zur wirksamen Verteidigung der Arbeiterinteressen sind die Gelben ihrer Organisation nach gar nicht angelegt. Sie sind machtlos, selbst wenn sie kämpfen wollten. Die für jeden Arbeitstempel notwendige persönliche Opferwilligkeit kann nur durch eine lange Erziehungsarbeit den Arbeitern eingeimpft werden. Weiter fehlen die Organisationsfonds für Streiks. Auch werden die Betriebsvereine künstlich von den Arbeitern der übrigen Industrie abgesperrt, ein einzelner Betriebsverein ist aber naturgemäß niemals in der Lage, einen Streik durchzuführen. Die Gesellschaft für soziale Reform wünscht keinen Kampf, keinen Streik, sondern strebt nach Verständigung der sich gegenüberstehenden Parteien. In dieser Hinsicht aber haben die unabhängigen Gewerkschaften sehr viel geleistet, denn der Umfang der friedlich verlaufenden Lohnbewegungen ist fünf bis sechsmal so groß als der Umfang der Streiks. Die umfangreichen kampflösen Erfolge hätten die Gewerkschaften aber nicht erreichen können, wenn sie nicht eine starke Macht wären. Es wird oft darauf hingewiesen, daß die Streiks große Lohnverluste für die Arbeiter mit sich bringen. Juni Millionen Arbeitstage sind nach der Streikstatistik in einem Jahre verloren gegangen. Was hat das zu bedeuten in unserem Wirtschaftsleben, wo ein einziger gesetzlicher Feiertag einen doppelt so großen Ausfall an Arbeitslohn bringt. — In der Frage der Vertretung der Arbeiter in Arbeitsämtern haben sich die Gelben auf den Standpunkt der Unternehmer gestellt; sie haben sich gegen die Arbeitslosenversicherung, gegen die Sicherheitsmänner ausgesprochen, sie treten für das Verbot des Streikpostens ein genau wie die Unternehmer. Auch gegen Tarifverträge und gegen das Einigungsverfahren sind die Gelben. Es ist deshalb kein Wunder, daß das Urteil der autonomen stehenden Sozialpolitiker über die Gelben kein freundliches ist. — Die Gelben schritten dann den Redakteur des „Vorwärts“ Dr. Nathanson als Diskussionsredner vor. Dieser behauptete dreist und gottesfürchtig, die Gelben seien nicht von den Unternehmern abhängig, sie hätten sich, veranlaßt durch den Terrorismus der freien Gewerkschaften, im eigenen Interesse vereinigt. Da die Unternehmer doch durch keinen Streik gezwungen werden könnten, den Arbeitern mehr zu geben als sie nach Lage der Konjunktur geben könnten, so lämen ja die Gelben im Frieden ebensowenig wie die Streikorganisationen. — Gleitschlag (Hirsch) sagte: Allerdings kommen einzelne Fälle von Terrorismus der Arbeiter untereinander vor. Aber das ist kein Anlaß, nach dem Geißel zu rufen. Das werden die betreffenden Organisationen unter sich ausmachen. Die gelbe Bewegung ist nur dadurch entstanden, daß sich vom obersten Betriebsbeamten bis zum letzten Werkführer alles in ihren Dienst stellt. In Tausenden von Fällen kommt es vor, daß Familienväter vor die Frage gestellt werden, entweder dem gelben Verein beizutreten oder die Arbeit zu verlieren. Und angesichts solcher Tatsachen wagen es die Gelben, andere Organisationen des Terrorismus zu beschuldigen. Die Gelben wollen nicht, daß die Arbeiter den anderen Ständen gleichgestellt werden. Deshalb werden sie von allen anderen Gewerkschaften verurteilt. — Die Leiterin des deutschen Heimarbeitersvereins Lehmann verurteilte ebenfalls die Gelben. Als sie für ihre Organisation mit einem Unternehmer verhandeln wollte, wies dieser sie schlafend ab mit den Worten: Wenn Sie eine starke Organisation hinter sich haben, dann können Sie wieder kommen.“ Im vorigen Jahre sei der Abschluß von Tarifverträgen in der Konfektion dadurch verhindert worden, daß ein gelber Verein entstand, auf den sich die Unternehmer stützen konnten. Den Gelben rief sie zu: Das ist nicht vaterländisch gehandelt, wenn man einen in den Rücken fällt, die seit Jahrzehnten die Arbeiterinteressen vertreten. — Riedel, der Vertreter des Verbandes deutscher Eisenbahnhandwerker, betonte, daß die Staatsarbeiter zwar auf das Streikrecht verzichten, aber als Gelbe würden sie sich nicht bezeichnen lassen. Würden die Staatsarbeiter nach dem Grundgesetz handeln, die Dr. Nathanson hier vertrat, dann würden sie nicht herauskommen. Wenn er, Riedel, auch kein freier Gewerkschaftler sei, so müsse er doch sagen: Die Gelben sind eine Gefahr für unser wirtschaftliches und nationales Leben. — Von freigeistlich-her Seite sprachen die Genossen Pawlowitsch, Lüd und Robert Schmidt. Letzterer sagte u. a.: Daß die gelbe Bewegung die Interessen der Arbeiter schädigt, das wird sogar vom „Reichsboten“ anerkannt. Das Blatt schwebt in der gelben Bewegung liegt die Gefahr der Liebedienerei und des Spießbüchens in den Reihen der Arbeiter. — Nach dieser Charakterisierung muß sich jeder Arbeiter mit Absehen von solchen Organisationsstellen als der vernünftige Teil der Unternehmern.

Die Halberstädter Württembergfabrik von Christian Becker. Nach dem der Vorstand gegen diese Firma seit Wochen recht wirksam geführt wird, glaubte die Organisationsleitung im Interesse des Arbeiter am 23. Januar nochmals Verhandlungen der Firma anzusetzen zu müssen. Die Firma Christian Becker aber ließ das letzte Malige Schreiben unbeantwortet; sie will also unter allen Um-

ständen den Kampf. Interessant ist es daher, zu wissen, ob der Vorkott bisher auch gewirkt hat. Diese Frage ist unbestritten. Die Firma hat 25 Proz. ihres gesamten gewerblichen Personals wegen Arbeitsmangels entlassen müssen, trotzdem sie auch noch auf Vorrat arbeitet. Des weiteren soll sie nicht mehr in der Lage sein, ihre Verpflichtungen den Darmlieferanten gegenüber zu erfüllen. So erzählte ein Berliner Darmlieferant, daß sich bei ihm in der kurzen Zeit für 30 000 Mk. Saitlinge (Wurmdendarme) angeammelt haben, zu deren Abnahme die Firma Christian Körtner durch Abschluß verpflichtet war, jetzt aber durch den Vorkott sie nicht abnehmen kann. Trotz alledem lehnt aber die Firma die wiederum angebotene Verhandlung ab, antwortet nicht einmal auf ein höfliches Schreiben. Daraus geht am besten der ganze Haß der Firma gegen die organisierten Arbeiter hervor. Für die Arbeiterschaft im Reich bedeutet dieses Verhalten die beste Aufforderung zur weiteren nichtigen Durchsührung des Vorkotts. Die Firma ist freilich bemüht, ihre Würstchen in Dosen ohne Giftstoffe in den Handel zu bringen, um die Herkunft der Ware unersichtlich zu machen. Die Beauftragten der Vorkottkommission deckten diese Schleichwege aber bald auf. Dosenwürstchen ohne Giftstoffe sind eben fortentwickelte Würstchen von Christian Körtner. Einige Großhändler betreiben die Würstchen in ihrer eigenen Packung; auch dahinter ist man bald gekommen. Ein vieler Wurstfabrikant vertreibt sie als seine eigenen Würstchen; auch hier sind Schritte unternommen, das zu verhindern. Die Arbeiterschaft wird daher allerorts ersucht, überall, wo in Restaurants, in Kolonialwaren- und Delikatessengeschäften und Kantinen Würstchen umgesetzt werden, nach deren Herkunft zu forschen; es wird dann auch sicher gelingen, der Fleischerorganisation zum Siege zu verhelfen.

Leffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, Berlin S.O., Alalbertstr. 41. Öffnet werktäglich von 7 1/2—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In dem Lesesaal liegen zurzeit 605 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Röpenid — Straßburg.

In Röpenid
Da machte Bolat sein Bresterschid
Trug glückselig schlafend Haltung;
Da hab a Schutter unheimlich
Wid a baar Brännchen abgekand
De Röpenid Schabbvermabung.
Kumetro awer macht zum Schabb
Vor aller Wid a "Abidob"
De brachten müßerischen Schabbgen.
In Schabborg schlagen se Klamm;
Yur Solzgen sieh mer an Schwarm
Von Generaln zu Herde fliegen.
De Trommeln rasseln dorch de
Schabb,
Es bläßt, was 'ne Trombebe hab.
Dah las an Hals de Wern blasen;
Te Weimer hein de Gedde drem,
Te Kandler jeder Sorde rem —
Wer denck, der Wre soll een großen.

Esagar a Bank verliert den Gobb
In mardg zum Hele in Galob —
Rid 'ne Segunde merd verlieren
's is Krieg — es merd monit gemacht —
Schon merden sich gommbe zur Schladh,
Zu anner Schladh vor Schabborg "Toren"
In Schabundlang schabb mer bereid —
Der Watter schenng zur seiden Zeit
In Wengsborg diverse Reden
Der hab an Schabborg nich gerdach;
Es las sich nur an 'llf gemacht
a Doid — sich un a jeden.
a Schade "Idoberei,
Die war nu allerdings berbei.
Das unterlieg wohl grenen Schdrebe.
Mit geben es in Seelenruh
Mit amestellos erwieien zu.
Es fragd sich nur, uff welcher Seide.
F. M. t. d. "Urbg. Wolltag."

Eingegangene Schriften und Bücher

Das Einigungsamt. Herausgegeben von W. von Schulz, Magistratsrat, Vorsitzender des Gewerbegerichts und des Kaufmannsgerichts Berlin, Dr. G. Brenner, Direktor des Gewerbegerichts München, und A. Rath, Beigeordneter in Essen a. Ruhr. Verlag von Julius Springer in Berlin W. 9. Jährlich 12 Hefte. Preis des Jahrgangs 4 Mk., des einzelnen Heftes 40 Pf. (Einigungs- und Tarifämter, Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände usw. gesehen bei Bezug einer größeren Anzahl von Exemplaren direkt von der Verlagsbuchhandlung ermäßigte Preise.)

Der Elektroschweiß. Ein Taschenbuch für Monteure und Fachmännern elektrischer Betriebe. Von Professor Wilhelm Blöcan. Mit 20 Abbildungen und 8 Tafeln. Leipzig, Verlag von Carl Schöbe. Preis gebunden 1,75 Mk.

Deutsche Naturwissenschaftliche Gesellschaft. Von einer Reihe Naturforscher wurde diese Gesellschaft zu dem Zwecke gegründet, die Errungenschaften der Naturforschung in gelegener und zugleich gemeinverständlicher Weise in die weitesten Kreise zu tragen. Zur Erreichung dieses Zieles werden in zahlreichen größeren Städten Deutschlands Ortsgruppen gegründet, in welchen Vorträge und naturwissenschaftliche Exkursionen stattfinden. Es wäre zu wünschen, daß sich bald auch in unserer Stadt eine solche Ortsgruppe durch engeren Zusammenschluß aller Naturfreunde bilden möge. Besonders aber dient der Erreichung des Zweckes die von der Gesellschaft herausgegebene Zeitschrift "Natur", von welcher jetzt das letzte Heft des III. Jahrganges vorliegt. Das denselben beigelegte Register gibt bereitede Zeugnis von dem außerordentlich reichen Inhalt, den dieser Jahrgang birgt. Kein äußerlich sei bemerkt, daß derselbe

524 Seiten und 140 Seiten Beilage in großem Format umfaßt und 465 Abbildungen enthält. Die Namen der Mitarbeiter, unter welchen die Professoren Tonab-Berlin, Graef-München, Galkow-Dröden, Reker-Zürich, Lassar-Cobn-Königsberg, Keder-Wien, Kede-Stockholm, Kummer-Breslau, Ostwald-Leipzig, Plate-Jena, Wehnelt-Berlin genannt sein mögen, bürgen dafür, daß nur bewusste und wirkliche Kenner hier die wissenschaftlichen Forschungsergebnisse vollständig darstellen. Es ist eine bekannte Erfahrung, daß nur derjenige, der einen Wissensstoff vollständig durchdrungen hat, es auch vermag, ihn gemeinverständlich und klar zum Ausdruck zu bringen. Nur er wird imstande sein, dem Laien die Ergebnisse der Naturforschung soweit zu vermitteln, um bei ihm Verständnis für die großen Fragen der Wissenschaft zu erwecken. So vermeidet die Zeitschrift "Natur" den Fehler, der die Populartisierung der Wissenschaften so sehr in Mißacht gebracht hat, daß Schriftsteller, die mit einer gewissen Feder nicht zugleich die notwendigen Kenntnisse verbinden, über Forschungsergebnisse berichten, über welche ihnen das Verständnis fehlt.

Teilschen Grundsätze kommen auch bei den fünf Buchbeiträgen zur Anwendung, welche die Mitglieder der D. N. G. jährlich kostenlos erhalten. Schon die Titel der fünf Bücher, die in dem jetzt beginnenden neuen Gesellschaftsjahr ausgegeben werden: "Geschichte der Haustiere" von Dr. Max Hiltzheimer, Tozent an der Technischen Hochschule in Stuttgart; "Der Mensch" von Universitätsprofessor Dr. H. Voss, Berlin; "Bestimmung und Vererbung des Geschlechtes bei Menschen, Tieren und Pflanzen" von Privatdozent Dr. Paul Kammerer in Wien; "Deutschlands Klima" von Dr. W. A. Eckardt, Staatl. Wetterdienstliche in Weiburg; "Gedicht und Seele" von Professor Dr. G. H. Nicolai, Berlin, zeigen, daß hier die wichtigsten Probleme, die jeden Menschen interessieren müssen, auch von wirklich Berufenen behandelt werden. — Der Mitgliedsbeitrag der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft beträgt nur 6 Mk. jährlich. Er kann auch vierteljährlich entrichtet werden. Jede Buchhandlung nimmt Anmeldungen entgegen; wo eine solche nicht erreichbar, wende man sich direkt an die Geschäftsstelle Theob. Thomas, Verlag, Leipzig, Königstraße 3.

**Filiale Köln-Rhein
Ortsbeamten,**

sucht zum 1. April einen tüchtigen
der mit den Verhältnissen in den häuslichen Betrieben eingehend vertraut, rednerisch befähigt ist und die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrscht. Die Anstellung erfolgt nach dem Wunsch der Verbandstag beschlossenen Sätzen. Eventuelle Dienstjahre in der Arbeiterbewegung werden angerechnet. In dem Bewerbungsschreiben ist ein kurzer Lebenslauf und die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung anzugeben.
Bewerbungen sind bis 25. Februar verschlossen und mit der Aufschrift "Bewerbung" versehen, an das Ortsbureau Köln, Severinsstraße 197/99, Zimmer 12, einzufenden.
Der Filialvorsicht.

Filiale Bremen.

Sonntagabend, den 22. Februar:
Großes Winter-Fest
verbunden mit Gesangsvorträgen, Aufführungen, Verlosung, Dreißigschießen, Blumenpolonäse und Ball.
Mitwirkende: Arbeitergesangsverein "Freiheit", Zitherklub, Gymnastiker usw. — Das Fest findet im "Casino" statt. — Anfang 8 Uhr. — Herren-inkl. Damenkarte 50 Pf., einzelne Damenkarte 20 Pf.
Es ladet freundlichst ein Das Festkomitee.

Totenliste des Verbandes.

- Otto Ernst Göbel, Dresden**
Arbeiter (Tiefbauamt)
† 2. 2. 1913, 64 Jahre alt.
 - Geinrich Wils, Hamburg**
Hafenbau
† 5. 2. 1913, 29 Jahre alt.
 - Franz Swisdala, Danzig**
Vofarbeiter (städt. Gasanstalt)
† 5. 2. 1913, 86 Jahre alt.
 - Albert Gaih, Euzerbad**
Vofarbeiter (städt. Tiefbauamt)
† 6. 2. 1913, 43 Jahre alt.
 - Amandus Bruhn, Hamburg**
Invalide
† 6. 2. 1913, 68 Jahre alt.
 - Georg Daiker, Dessau**
Arbeiter (Gartenbau)
† 7. 2. 1913, 70 Jahre alt.
- Ehre ihrem Andenken!

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter O. G. H. Mann, Fernsprechamt: Redakteur Ernst Tietz in der, beide Berlin W. 37, Wintefeldstr. 24.
Druck: Hermanns Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Glöner & Co., Berlin SW. 64, Lindenstr. 60.